

Bezugspreis:
Direktabrt. 30. — M. monatl. 10. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Nach-
bezug: Monatlich 10. — M. ein-
stellungsgel. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 30. — M. für
das übrige Ausland 37. — M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Sonnenschein“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die abgeheilten Anzeigen werden
tätig 6.50 M. „kleine Anzeigen“
das letzte Heft 1.50 M. (je-
weilig zwei Heftgebühren) jedes
weitere Wort 1. — M. Schillinge
und Schillingenanzeigen das erste
Wort 1. — M. jedes weitere Wort
10 Bsp. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Klein-
anzeigen für Kleinanzeigen 1. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Woriuplan 15195-97
Expedition Woriuplan 11753-54

Dienstag, den 9. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Zueraten-
Abteilung Woriuplan 11753-54

Um Oberschlesiens Zukunft.

Gestern, kurz nach 3 Uhr, hat die Tagung des
Obersten Rates unter dem Vorsitz des Ministerpräsi-
denten Briand begonnen. Sämtliche Delegierte waren anwesend,
die belgische Delegation war nicht vertreten, da auf der Tages-
ordnung die ober-schlesische Frage steht.

Ueber den Verlauf der Sitzung berichtet die Havas-Agen-
tur nichtamtlich:

Die Sitzung war vollständig durch die Besprechung der
ober-schlesischen Frage ausgefüllt. Ministerpräsident Briand
eröffnete sie und begrüßte die alliierten Vertreter. Darauf
wurde jede Delegation aufgefordert, ein allgemeines Erge-
bnis der ober-schlesischen Frage zu geben. Der Vorsitzende des Sach-
verständigenausschusses Fromageot legte den juristischen Ge-
sichtspunkt dar und zeigte, daß das Abstimmungsgebiet ge-
teilt werden könne und daß der Grenzverlauf durch das Er-
gebnis der Abstimmung nach Gemeinden bestimmt werden
müsse. Darauf gab Sir Cecil Hurd eine Darstellung des eng-
lischen Standpunktes, der auf die Anteilbarkeit des Industrie-
gebietes und eine Zuspicherung an Deutschland hinausläuft.
Der französische Sachverständige Laroche gab der Ansicht Aus-
druck, daß das Industriegebiet geteilt und zum großen Teile
einschließlich Königsbrunn an Polen fallen müsse, wobei der
Grenzverlauf sich merklich der Sforza-Linie zu nähern habe.
Der italienische Delegierte hat einen vermittelnden Standpunkt
vertreten.

Nach dieser Mitteilung, die freilich nur ein Augen-
blicksbild aus den weitgeschichtlich bedeutsamen Verhand-
lungen über die Zukunft Oberschlesiens gibt, ist es wahr-
scheinlich, daß mit einer Teilung des umstrittenen Gebietes ge-
rechnet werden muß. Das widerspricht, wie oft genug aus-
gesprochen worden ist, nicht nur den deutschen Forderungen,
sondern vor allem dem Geist des Friedensvertrages. Die Gründe für diese Auffassung sind wiederholt dargelegt
worden. Aber keiner der beteiligten Sachverständigen scheint
sie sich zu eigen gemacht zu haben. Das Kernproblem, um das
man jetzt in Paris berät, ist die Frage des Industrie-
gebietes. Hier haben die Franzosen gegenüber ihrer bis-
herigen Haltung ein wenig nachgegeben, indem sie die Teil-
barkeit des Industriegebietes zu beweisen suchten, anstatt es,
wie früher beabsichtigt war, im Ganzen an Polen zuzuteilen.
Nur die Engländer erkennen die Anteilbarkeit des Industrie-
gebietes an, während die Italiener sich einer undankbaren
Vermittlerrolle befleißigen, die im Gegensatz zu ihrer letzten
Annäherung an den englischen Standpunkt steht.

Es wäre natürlich verfrüht, aus dem gegenwärtigen
Stand der Verhandlungen weitgehende Folgerungen zu ziehen.
Das eine aber muß noch einmal in letzter Stunde betont wer-
den: Entschließt man sich entgegen allen Forderungen der
Barmut und der Völkerverehrung, entgegen auch dem Friede-
nsvertrag, der eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Zu-
sammenhänge bei der Grenzfestlegung fordert, in Paris zu
einer Festlegung des ober-schlesischen Zentralgebietes, so ent-
scheidet man damit über die wirtschaftliche Lebens-
fähigkeit Deutschlands. Die politischen Folgen eines sol-
chen Bruches des Friedensvertrages wären unabsehbar.

Die ersten Ergebnisse der Vorverhandlungen.

Paris, 8. August. (WIB.) Der Bericht des Sachverständigen-
ausschusses über die Regelung der ober-schlesischen Frage stellt nach
dem „Temps“ fest, daß über drei grundsätzliche Fragen eine Ein-
gung erzielt wurde.

1. daß der Friedensvertrag von Versailles die Teilung
des Volksabstimmungsgebietes zwischen Deutschland
und Polen zulasse, daß man sich also nicht auf die im gesamten
Abstimmungsgebiet von einer Partei erzielte Mehrheit berufen
könne, um ihr Oberschlesien insgesamt zuzuteilen;
2. daß der Friedensvertrag vorschreibe, daß bei der Fest-
legung der deutsch-polnischen Grenze Rücksicht genommen werden
müsse auf die Wünsche der Bevölkerung, die durch die
Volksabstimmung zum Ausdruck kommen und auch auf die geo-
graphische und wirtschaftliche Lage der Ort-
schaften;
3. daß man bei der Grenzziehung sich von der gemein-
de-wellen Abstimmung leiten lassen müsse.

Die Sachverständigen haben nach dem „Temps“ verschiedene
Vorschläge für die Grenzführung geprüft und sie schließlich auf zwei
Lösungen, eine französische und eine britisch-italienische, herab-
gemindert. Der vom Grafen Sforza anempfohlene Vergleich sei vom
Sachverständigenausschuß nicht wieder aufgenommen worden. Die
in Frage kommenden beiden Lösungen hätten keine Einstim-
migkeit gefunden. Beide Pläne verlangten die

Anteilbarkeit des Industriegebietes;

die französische Lösung wolle das Gebiet Polen zufließen (diese
Mitteilung ist durch die Meldung der Havas-Agentur überholt. Die
Red.), während die englisch-italienische es wenigstens zum größten
Teile Deutschland zusprechen wolle.

Nach Polen gegen ein Provisorium.

Warschau, 7. August. Minister Skirmunt erklärte einigen
polnischen Pressevertretern, die Gerüchte, daß Polen geneigt sei, ein
Kompromiß über Oberschlesien anzunehmen, seien falsch. Polen
wünsche eine sofortige gerechte Entscheidung nach dem Buchstaben
des Versailler Vertrages und dem Ergebnis der Abstimmung. Ein
Kompromiß könne weder Polen noch Deutschland befriedigen.

Eine neutrale Stimme zum Provisorium.

Stockholm, 8. August. (TU.) Zur Meldung des „Manchester
Guardian“, wonach Frankreich neuerdings Oberschlesiens
Neutralität wünscht, um dort ein starkes reguläres Heer dau-
ernd halten zu können, schreibt „Sozialdemokraten“:

Sollte dieses aussehenerregende englische Pressetelegramm durch
einen Beschluß des Obersten Rates bekräftigt werden, so sei der
letzte moralische Kredit verloren. Europas Pazifizierung werde nicht
dadurch gefördert, daß man entsprechend den Flottenstützpunkten in
Gibraltar, Malta und Cypern hier und da auf dem Festlande
Militärlager einrichtet.

Die beschönigte Deutschenverfolgung.

Der „Kurjer Pognanski“ behauptete jüngst, die deut-
schen Behörden hätten durch ein geheimes Rundschreiben
bewirkt, daß die deutschen Beamten und Lehrer die ober-
schlesischen Industriewerke massenweise verlassen. Die deutsche
Regierung wolle damit den Beweis liefern, daß die ober-schlesische
Industrie ohne die deutschen Beamten nicht bestehen könne.

Ein solches Rundschreiben ist nicht ergangen; die Regierung
sucht im Gegenteil ihre Beamten und Lehrer von einem Abwandern
unter dem Druck des polnischen Terrors abzuhalten.

Aufroflung der Kriegsverbrecherfrage.

London, 8. August. (WIB.) Der Attorney General und
der Solicitor General sind zur Besprechung der Prozesse
gegen die deutschen Kriegsbefehlshaber nach Paris
abgereist.

Deutscher Aufbau in Rußland.

Reval, 8. August. (OE.) Am 10. August trifft, nach Mit-
teilungen des Revaler sowjetrussischen Handelsvertreters, eine
Gruppe deutscher Ingenieure und Industrieller in Reval ein, die
sich unter Führung Prof. Lomonossoffs nach Petersburg begeben,
um mit Vertretern der Sowjetregierung, der Betriebsleitungen und
sowjetrussischer Ingenieure über den Wiederaufbau der russischen
Metallindustrie, der Eisenbahnwerkstätten und des Transportwesens
zu beraten. Die Mehrzahl der deutschen Konferenzteilnehmer sind
Vertreter der bereits für Rußland arbeitenden deutschen Firmen.
Nach Angabe des sowjetrussischen Vertreters sollen 19 große und
etwa 50 kleinere Maschinenfabriken in Deutschland gegenwärtig
Aufträge für die russischen Eisenbahnen ausführen.

Der Abbau des Bolschewismus.

Riga, 8. August. (OE.) Die Petersburger Pachtkommission
bearbeitet zurzeit die eingelaufenen Pachtanträge für Staatsbetriebe.
Die Mehrzahl der Pachtgesuche geht von den ehemaligen Unter-
nehmern, ein Teil von Ausländern aus. Gleichzeitig wird unter
Leitung des Prof. Cholmogoroff an der Zusammenlegung
der Petersburger Industriebetriebe gearbeitet, die in staatlicher
Verwaltung bleiben sollen. Der Bestand an Maschinen wird auf-
genommen und die Zahl der betriebsfähigen festgestellt.

Der Oberste Volkswirtschaftsrat befaßt sich mit der Umstellung
des Handels von der Basis der seltenen Preise zu Freihandels-
preisen. Der Volkswirtschaftsrat des Gouvernements Stawropol
hat 233 kleinere Betriebe an Privatpersonen und Gesell-
schaften verpachtet. In Odessa wurde die große Bierbrauerei
„Bawaria“ und die Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen an
Privatunternehmer verpachtet. In Kertsch hat der Volkswirtschafts-
rat eine Reihe von Kleinbetrieben an Arbeiterverbände gegen
einen Pachtzins von 15 Proz. des Reingewinns verpachtet.

Rykoff in Berlin.

(OE.) In diesen Tagen trifft Rykoff, der ehemalige Vorsitzende
des Obersten Volkswirtschaftsrates und derzeitige Stellver-
treter Lenins im Präsidium des Arbeits- und Verteidigungs-
rates, d. h. der sowjetrussischen Zentralwirtschaftsbehörde, in Berlin
ein. Rykoff ist außerdem von der Sowjetregierung zum stellver-
tretenden Vorsitzenden des Westauer Hilfskomitees für die Hunger-
gebiete ernannt. Wie verlautet, gilt seine Berliner Mission nicht
speziell der Hungerhilfe, sondern allgemeinen wirtschaftlichen Fragen.

Im Juli sind im Petersburger Hafen 44 Schiffe eingelaufen
gegen 17 Schiffe im Juni d. J.

Die Sowjetregierung hat zur Erleichterung von Zahlungen
beschlossen, Geldnoten im Werte von 25 000, 50 000 und 100 000
Rubel auszugeben.

Als Mörder Iljas verhaftet wurde in Hamburg auf Grund
seiner beschlagnahmten postlagernden Briefe der ehemalige ungarische
Fliegeroffizier Czerny, der jetzt in einer Autowerkstatt ar-
beitete. Ungarn verlangt seine Auslieferung. Der Senat
wird darüber entscheiden.

Das Steuerprogramm.

Die Steuervorlagen, die dem Reichstag als Ergänzung zu
den bisherigen Vorlagen bei seinem Zusammentritt im Sep-
tember vorgelegt werden sollen, sind nunmehr fertiggestellt.
Der „Soziald. Parlamentsdienst“ schreibt uns dazu, daß unter
den Besitzsteuern, die in den letzten Tagen das Reichs-
kabinett beschäftigt haben, besonders hervortreten: 1. eine
Umlage der Besitzsteuern, die in den letzten Tagen das Reichs-
kabinett beschäftigt haben, treten besonders hervor: 1. eine
Vermögenssteuer, die in Verbindung gebracht wird mit dem
Reichsnotopfer; 2. eine Vermögenszuwachssteuer, die aber erst
im Jahre 1926 die erste Veranlagung vorsteht, mithin für die
die nächsten Jahre an laufenden Beträgen nichts
bringen wird; 3. eine Steuer, die die Nachkriegsgewinne
erfassen will, deren Betrag ungefähr auf eine Milliarde
angegeben wird.

Den größten Teil des Steuerprojekts nehmen die
indirekten Steuern ein, an deren Spitze die Erhöhung
der Umsatzsteuer mit einem erheblichen Betrage steht. Es
folgen dann Erhöhungen der Branntweinabgabe, der Bier-
steuer, der Mineralwassersteuer, der Zündholzsteuer und
schließlich die Heraushebung einiger Zölle für wichtige Ge-
brauchsartikel. Insgesamt ein Steuerprogramm, das unge-
fähr auf eine Einnahme von 85 Milliarden Mark schließen
läßt, in der die indirekten Steuern den großen Ertrag geben,
während die sogenannten Besitz- oder Vermögenssteuern kaum
ein Fünftel des Gesamtertrages ausbringen dürften.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bei der Er-
örterung der Steuerfragen keinen Zweifel darüber gelassen,
daß die enorm hohen Anforderungen, die die Reparations-
leistungen uns auferlegen, ohne eine sehr erhebliche Steuer-
belastung nicht zu erfüllen sind. Man ist sich auch darüber
klar gewesen, daß neben den direkten Steuern die indirekten
nicht ausgeschaltet werden können. Aber auch darüber be-
stand eine einheitliche Auffassung, daß ohne eine entsprechend
starke Heranziehung des Besitzes die schwere Last der indirekten
Besteuerung nicht zu tragen ist.

Die Besprechung der Fraktion und auch die Konferenzen
mit der Regierung haben darüber Klärung gegeben, daß
in der Sozialdemokratischen Partei die Meinung vorhanden ist:
es müsse bei der Aufbringung der Mittel der Besitz stark
herangezogen und ein anderer Weg eingeschlagen werden, als
der bisher übliche. Würde man die Steuereinnahmen tat-
sächlich auf 85 Milliarden schätzen, so müßte im Etat noch
immer ein Defizit von rund 40 Milliarden
übrigbleiben. Dieses Finanzgehoren hat zur Folge, daß wir
abermals durch vermehrte Ausgaben von Noten unsere Ver-
pflichtungen aufrechterhalten müssen und damit aufs neue die
Papierflut vermehren sowie ein weiteres Fallen der Mark
herbeiführen. Ueber die Folgen einer solchen Finanzpolitik
erübrigen sich alle Betrachtungen; sie stehen in ihren fürchter-
lichen Konsequenzen deutlich vor Augen. Die sozialdemokrati-
sche Fraktion billigte deshalb die Vorschläge, die vom Reichs-
wirtschaftsminister unterbreitet wurden und die darauf
hinausgehen, nicht in der Steuer unsere Finanzkraft zu er-
schöpfen, sondern einen sogenannten Eingriff in die
Vermögenssubstanz herbeizuführen. Nach Presse-
mitteilungen ist anzunehmen, daß diese Bemühungen im
Reichskabinett auf keinen fruchtbareren Boden gefallen sind und
das Projekt eine Ablehnung erfahren hat.

In den Erörterungen der Reichstagsfraktion wurde dar-
gelegt, daß der Zugriff zu den Vermögenswerten in der Land-
wirtschaft, im städtischen Grundbesitz und in der Industrie
sogar erhebliche große Summen zur Verfügung der Finanz-
verwaltung stellt. Es hat sich durch die Entwertung unserer
Mark ein sogenannter Papierwert in der Umbildung aus dem
Geldwert vollzogen. Um es an einem Beispiel klarzumachen:
derjenige, der Goldmünzen zurückbehalten hat, ist heute in der
Lage, ein Zwanzigmarkstück gegen 300 Mark in Papier bei
der Reichsbank umzutauschen. Etwas ähnliches hat sich in
unserem Grundbesitz vollzogen. Die hypothekarische Belastung
des Grundbesitzes war in der Zeit vor dem Kriege als soge-
nannter Goldwert aufgenommen, d. h. wir hatten in den
Zahlungsmitteln zwischen Gold- und Banknoten keine Diffe-
renz in der Bewertung. Der Besitzer eines ländlichen Gutes
kann aber gegenwärtig keine Hypothek gegen Papier-
mark ablösen, während er seinerzeit Goldmark erhalten hat.
Der Hypothekensitzer sieht den Wert seiner Hypothek
immer mehr sinken, d. h. die Kaukraft der Zinsen, die er
erhält, ist um das zwölff- bis vierzehnfache geringer als vor
dem Kriege. Die Landwirtschaft hat gegenwärtig, wie aus
Interessententziffern selbst zu ersehen ist, eine Erhöhung des
Ertrages um das vier- und fünffache gegenüber der Vorkriegs-
zeit zu verzeichnen. Dieser Ertrag wird noch erheblich ge-
steigert werden, nachdem die freie Wirtschaft für Getreide ein-
geführt und der Rest der Zwangswirtschaft befreit worden
ist. Wir werden dann mit einem sieben- bis achtfachen Ertrag
rechnen können. Natürlich fließt dieser Mehrertrag nicht rest-
los in die Taschen des Besitzers, sondern auch er hat ent-
sprechend höhere Aufwendungen für seinen Betrieb und seine
eigene Lebensführung zu machen. Immerhin bleibt ihm

aber eine erhebliche Wertsteigerung, die er nicht herbeigeführt hat, sondern die durch unsere wirtschaftliche Lage verursacht wurde.

Hier knüpft nun das Projekt des Reichswirtschaftsministeriums an und es will von dieser Wertsteigerung der Gesamtheit, dem Staat, einen Anteil zuweisen, der von dem Besitzer nicht sofort in Papiermarkt abzutragen ist, sondern als festverzinsliche Hypothek auf das Besitztum eingetragen wird und damit der Finanzverwaltung einen Hypothekensatz in die Hände gibt, der durch Ausgabe von Pfandbriefen zu einem sofort flüssigen Kapitalbetrag umgewandelt werden kann. Dieser Kapitalbetrag könnte zur Tilgung von Staatsschulden oder Bestreitung von Ausgaben Verwendung finden. Ueber die Höhe dieses Anteils müssen natürlich sehr eingehende Untersuchungen vorgenommen werden; es ist der Kleinbesitz stark zu schonen, der Großgrundbesitz mehr heranzuziehen. Die althergebrachte Kritik der landwirtschaftlichen Presse, daß man damit den Grundbesitz zum Bankrott führe, braucht nicht widerlegt zu werden, denn das Argument entspringt aus der Abneigung, den landwirtschaftlichen Besitz überhaupt zur Steuer heranzuziehen. Bisher hat unsere Befehlsgewalt sehr stark diesen Reigungen der agrarisch gerichteten Interessengruppe Rechnung getragen.

Anders liegen gegenwärtig die Verhältnisse im städtischen Grundbesitz. Hier ist durch die Begrenzung der Mieterträge die Umwertung des Besitzes zu Papierwerten nicht vollzogen. Sollte aber auch hier diese Begrenzung eines Tages aufgegeben werden, so müßte eine so erhebliche Steigerung des Grundbesitzes eintreten, daß auch diese Wertänderung nicht einseitig kapitalistischen Interessen überantwortet werden darf. In diesem Falle müßte der Staat einen Anteil an dieser Wertsteigerung auch in der Form von Zwangshypotheken beanspruchen.

Ähnlich wie im Grundbesitz vollzieht sich die Umwertung in der Industrie. Betrachten wir die Aktiengesellschaften. Die Ausgabe von neuen Aktien in ganz erheblichen Beträgen ist ein Beweis dafür, daß auch hier die Kapitalien, die im Grundbesitz, in Fabrikeinrichtungen, in Rohmaterialien niedergelegt sind, einen anderen Maßstab erfordern als bisher. Wir haben nicht selten die Erscheinung, daß bei großen Aktienunternehmungen, die mit reichen Gewinnen abschließen, eine Erhöhung des Aktienkapitals vorgenommen wird, um prozentual die Gewinnquote nicht zu hoch erscheinen zu lassen. Es gibt Unternehmungen, die ihren Aktionären bei der Erhöhung des Aktienkapitals die neuauszugebenden Aktien unentgeltlich überwiesen haben oder doch zu einem Kurs, der gegen den tatsächlichen Wert weit zurücksteht. In diese Schiebungen der Vermögenswerte hätte der Staat längst eingreifen und nicht kapitalistischen Interessen diesen Zufluß unverdienter Werte überantworten sollen. Die Beteiligung an der Industrie in der Form eines Anteils am Aktienbesitz zu 20 resp. 25 Proz. würde uns gleichfalls erhebliche Mittel in die Hand geben, die verwandt werden können, um damit die Finanzkatastrophe zu beheben. Weiter wäre dann der Besitz in privaten Unternehmungen heranzuziehen, der nicht in öffentlichen Körperschaften investiert ist. Natürlich müßte nach unten eine Grenze gezogen werden, die die Kleinbetriebe nicht umfaßt.

Es besteht kein Zweifel, daß vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien ein Eingriff in den Besitz mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen wird; man wittert dahinter den großen Sozialisierungsplan, eine Veräußerung der Werte nach dem Ausland und wie es dann so schön heißt, einen Verkauf unserer Industrie an das Ausland. Auf alle diese Ueberbetreibungen ist nicht viel zu geben, denn die Industriewerte gehen heute schon durch kapitalistische Interessengruppen nach dem Ausland, und es erscheint schon vorteilhafter, diese Kontrolle des Verkaufs nach dem Ausland in die Hände des Staates zu geben und nicht der der privaten Spekulation. Von der Sozialisierung — darüber ist man sich in Parteikreisen klar — ist das Projekt noch weit entfernt; es enthält nur eine sogean-

nannte gemischtwirtschaftliche Verteilung, die dem privaten Kapital das Übergewicht läßt und an dem Unternehmen an sich nichts ändert.

Will die Finanzverwaltung aus der verzweifeltsten Lage, in der wir uns befinden, herauskommen, dann wird es für sie keinen anderen Weg geben, als auf dieses Projekt zurückzugreifen. Je eher sie sich dazu bekennt, um so besser. Die bürgerlichen Finanzpolitiker im Reichswirtschaftsrat und ein Teil der bürgerlichen Presse haben bisher dem Eingriff in die Vermögenswerte eine entschiedene Abgabe erteilt. Aber wir fragen die bürgerlichen Parteien, die dem Ministerium angehören, wie sie sich den Ausgleich im Etat vorstellen und wie man sich die Erledigung der übernommenen Verpflichtungen aus dem Ultimatum denkt. Von der Sozialdemokratischen Partei muß dem Ministerium Wirth der Ernst der Lage klargemacht und mit allem Nachdruck auf die Erfüllung unserer Forderungen gedrängt werden, und zwar nicht vom parteipolitischen Standpunkt aus, sondern vor allem im Interesse der Festigung der Republik und einer langsamen Ueberführung zu einer Gesundung unserer Finanzen. Mit den gegenwärtigen Steuerplänen der Reichsregierung kann sich die Sozialdemokratie jedenfalls nicht zufrieden geben.

Wir erwähnten schon die stark kritische Stellung des „Berliner Tageblattes“ zum Steuerbudget der Reichsregierung. Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt in gleicher Richtung ausführlich Stellung. Sie betont, daß das von der Regierung vorgelegte Programm nur eine vorläufige Teillösung des ganzen Problems sein kann, das die Herstellung des nötigen Gleichgewichts des Haushalts und die Erfüllung der Reparationspflichten dem Reichstag aufgibt. Sie schreibt: „Das Anziehen der Steuerfahne allein kann dieses Problem nicht lösen. Es müssen auch Entschlüsse gefaßt werden, die tief in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens eingreifen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ weist darauf hin, daß der Zusammenhalt unter den Koalitionsparteien, aus denen die gegenwärtige Regierung hervorgegangen ist, zu wünschen übrig läßt. Das sei ein Mangel, der die Koalition schon im letzten Tagungsabschnitt des Reichstages vor schwere Belastungsproben gestellt habe und jetzt erst recht eine Verstärkung erfordere. Dazu heißt es weiter:

Dafür ist, wie nicht verkannt werden darf, die Demokratische Partei mit verantwortlich. Sie orientiert sich in ihrer Führung zu sehr nach der rechts von ihr stehenden Nachbarpartei und scheint in Steuerfragen etwas zu sehr der Führung des einseitig gegen die Besitzbelastung auftretenden Abgeordneten Gothein zu folgen. Selbst wenn das Zentrum die Widerstände überwinden könnte und wollte, die sein agrarischer Flügel gegen eine stärkere Heranziehung des fundierten Vermögens erhebt, würde trotzdem seine Reigung zu Konzessionen nach links durch die schwankende Haltung der Demokraten nicht gefördert. Daß Herr Dr. Wirth zugleich Finanzminister ist, macht seine Lage nicht leichter, sondern schwerer. Denn weil ihm das Reichsanstanzamt nicht die Freiheit gibt, das Finanzministerium wirklich zu leiten, muß sich der Einkauf der dort maßgebenden mehr nach rechts orientierten leitenden Beamten in einer Richtung geltend machen, die den Wünschen des Reichsanstanzers wahrscheinlich nicht entspricht.

Das Hauptargument der Gegner einer Erfassung der Sach- und Goldwerte ist, daß die Durchführung solcher Absichten die Auslieferung des deutschen Vermögens an den Feind bedeute. Diese Behauptung ist nichts weiter als eine Phrase. Wie schon ausgeführt, würde eine Befreiung des Reiches an den Sachwerten nichts weiter als die Schaffung von Unterlagen bedeuten, um Goldkredit zu gewinnen. In der Zwischenzeit geht überdies die Verhößerung der deutschen Industrie an das Ausland lustig weiter. An der Börse kletterten heute die Aktien von „Phönix“ zeitweise auf über 1000. Man sprach von nicht unerheblichen holländischen Käufen. Der Hauffetaumel, in dem sich seit

Wochen die Börse befindet und an dem die Großbanken und die Industriekapitäne gleichermaßen gründlich verdienen, ist nichts weiter als die Auswirkung der mit der sinkenden Valuta wachsenden Verkäufe deutscher Industrie- und Handelskapitals an das Ausland.

Hoffmann und Ludendorff.

Der Streit der Generale Hoffmann und Ludendorff nimmt in den bürgerlichen Zeitungen immer größeren Platz ein. Die „Kreuzzeitung“ sagt auch den Grund, weshalb dies geschieht. Sie meint, daß die offeneren Neuerungen Hoffmanns den Kampf der Sozialdemokratie unterstütze, den sie führe, um die Verantwortung von sich abzuschleichen, als hätte Deutschland ohne Ludendorffs und der anderen Militäraristen verbrecherische Verblendung einen tragbaren Frieden haben können. Weil Hoffmann durch seine Stellungnahme die Sozialdemokratie unterstütze, wäre er für sie erledigt. Daran ist schon das alte Deutschland zugrunde gegangen, daß man jeden verjagte der es wagte, an dem heiligen Geist des Militarismus zu zweifeln.

In der Zwischenzeit hat Ludendorff nach einer Unterhaltung mit Hoffmann öffentlich erklärt, daß dessen in den Zeitungen bekanntgewordene Unterredung unvereinbar mit den Ansichten des Offiziersstandes sei. Viel schlimmer ist nach unserer Meinung, daß die Ludendorffsche Politik mit dem gesunden Menschenverstand unvereinbar gewesen ist, und daß ihre schrankenlose Herrschaft es doch fertig brachte, Deutschland ins Elend zu stürzen.

Politisierende Richter.

Die Halle'schen Richter haben gegen den Erlaß des Reichsjustizministers, der die Prüfung sämtlicher Urteile, in denen von Sondergerichten auf Zuchthaus erkannt ist, anordnet, einen heftigen Protest beschlossen. Sie meinen, daß der Erlaß dahin führe, daß fast sämtliche von den Sondergerichten ausgesprochenen Zuchthausstrafen nicht vollstreckt würden. Diese Maßnahme würde in ihrer Auswirkung das gleiche Ziel erreichen wie eine Amnestie. Damit würde aber in der Bevölkerung der Eindruck erweckt, daß die Urteile der Sondergerichte ungerecht seien. Deswegen untertrage der Reichsjustizminister nicht nur die Achtung vor dem Gesetz, er erschwere auch die Wiederherstellung der Staatsautorität und ermutige feindliche Elemente zu gewalttätigem Vorgehen!

Davon, daß die Halle'schen oder andere Richter durch Beschlüsse gegen die weitherzige Amnestierung der Kapp-Verbrecher Einspruch erhoben hätten, haben wir nichts gehört. Die Halle'schen Richter scheinen der Auffassung zu sein, daß die politische Einstellung des Richtertums noch nicht genügend verbreitet ist; anders kann man sich ihren reaktionären Uebereifer nicht erklären.

„Die geheime Mordbrüderschaft“.

Mitte Juli veröffentlichte wir aus der „Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland“ warnend, eine Gruselgeschichte. In ihr war behauptet worden, daß im Rheinland „monche weiße und farbige Franzose mit einem Herzlich kopflos“ gebe, „ohne vorher auch nur einen Schrei tun zu können“. Wir hatten sofort darauf hingewiesen, daß es sich hier zweifellos um arge Uebertreibungen handele, daß wir es dennoch aber für eine Pflicht der Behörden hielten, den Spuren nachzugehen. Dies sei schon deswegen notwendig, weil auch nur die Andeutung von derlei sinnlosen Worten den Plänen des französischen Imperialismus gegen Deutschland völlig freie Hand verschaffe.

Kunmehr teilt uns der Kölner Polizeipräsident mit, daß er bei sämtlichen in Frage kommenden Stellen Feststellungen habe vornehmen lassen. Sie hätten übereinstimmend ergeben, daß die Angaben der „Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland“ jeder Begründung entbehren. Wir wünschen nur, daß die übereifrigen Erzeuger der gemeingefährlichen Lügennachricht gründlich vorgenommen werden.

schaf, starke Jugendsünde an den Jes durch eine eigenartige Kombination machen, die man nach Ender benannte. Selbst den mohammedanischen Angehörigen des österreichisch-ungarischen Heeres wurde gestattet, den Jes zu tragen, — ein Recht, das eigentlich nur den Unterthanen des türkischen Sultans zustand. Die Einführung des Jes ist übrigens nicht auf ein religiöses Gebiet zurückzuführen, wie oft fälschlich angenommen wird, sondern auf den Sultan Mahmud, der den Staatsbeamten befahl, ihn anstatt des Turbans zu tragen. Der Jes wurde nach der afrikanischen Stadt gleichen Namens benannt. Doch wird er dort kaum mehr angefertigt. In der Türkei wird er nach Maß gearbeitet, doch führt Tunis einen vorzüglichen Jes aus, und dergleichen liefern Böhmen und Deutschland sehr viele dieser eigenartigen Mützen.

Unglücklicherweise lernte im Verein mit Offizieren gegen den Jes Sturm. Diese Ärzte und Offiziere, die gegen die beiden zerstörenden Urgewalten des Orients, den Schmutz und die Sonne, kämpften, wurden dem Jes darum feind, weil er schuplos die Augen den sengenden Sonnenstrahlen preisgibt. Aber für den Jes trat die Tradition ein. Der gläubige Mohammedaner hielt an dieser Kopfbedeckung fest, weil sie ihm als etwas Heiliges dünkte. Vor Gericht und in der Moschee erschien er nie ohne Jes, und fragte man ihn nach dem Grunde, so antwortete er erstaunt: „Ich kann doch nicht barhäuptig vor meinem Gott treten!“ Der Jes war ihm heilig, genau wie die Verschleierung der Frauen, obwohl Mohammed gar keine qualitäts Bermummung beabsichtigte, sondern der Frau nur den Schleier gab zum Zeichen — daß sie keine Skavin sei. E. S.

Eine Paradiesvogel auf Neu-Guinea beschreibt Marchmeyer im „Deutschen Jäger“. Zur Frühjahrszeit verschwinden wie mit einem Schlag alle Paradiesvögel aus den Küstengegenden der Insel. Tief im Innern, im Schutze des Urwaldes halten sie auf nicht hohen Bäumen ihre Balz, deren einer Marchmeyer Zeuge ward. Fünfzig bis sechzig der gelben Paradiesvögel in voller Farbenpracht mit ausgebreitetem gelben Federschmuck bewegten sich, so erzählt der genannte Reisende, auf einem kleinen kuppelförmigen Baumchen. Von Ost zu Ost springend stellten sie ihren gelben Federschmuck nach vorn sprechend, so daß sich der ganze Vogel in einer gelben Kugel zu befinden schien. Diese goldenen Federkugeln, beschienen vom Abendstrahl der Sonne, tanzen in einem kleinen Raum in solch einem Durcheinander, daß die Farbenpracht das Auge noch länger hindurch direkt blendete; der ganze Baum als einer fest bewegenden andirahelnden Kugel. Die unscheinbaren Weibchen, denen jeder Schmutz abgeht, verschwanden ganz in der Farbenpracht dieser lebenden Goldkugeln, und doch galt das ganze Liebespiel und Gezänk der verarmten Hähne nur ihnen, den ganz unscheinbaren. Eine Stunde etwa dauerte dieses Liebespiel, dann strichen die Vögel nach und nach paarweise ab; die Weibchen hatten das Werben der Hähne erhört.

Berschiedene Wirkungen des Alkohols. Der englische Arzt Dr. H. M. Vernon legte kürzlich, so entnehmen wir der „Umschau in Wissenschaft und Technik“, dar, wie bei gewissen Selbstversuchen die Zahl der beim Maschinenschreiben gemachten Fehler verschieden ausfiel, je nach der Zeit, zu der er Alkohol zu sich genommen hatte. Nahm er Alkohol unmittelbar nach dem Essen, so machte er nur 1,5 Proz. Fehler über das gewöhnliche Maß, nahm er die Gabe

Eine Tafel Schokolade.

Von Th. Thomas.

Wir gegenüber sitzt eine arme Arbeiterfrau, die mit ihrem fünfjährigen Mädchen zu ihrem Mann fährt, der irgendwo im Süden Arbeit angenommen hat.

Neben mir breitet sich ein Ehepaar aus, Gutsbesitzer aus Ostpreußen, das fortwährend mit den fettigen Lippen schmaçt. So lange es bei Butterstullen bleibt, verhält sich das Kind ganz gemütlich. Auf einmal packt das einseitige Weib eine Tafel Stollwerk-Schokolade aus. „Stollwerk-Gold“ mit 40 einzelnen Tafelchen.

Das Mädchen verschlingt die Schokolade mit seinen blanken Augen; es hält sich kramphast an der Mutter fest, als hätte es Angst, jede Sekunde auf diese Speise loszulassen zu müssen. Die Frau, dieses unverschämte Individuum, kriht — Verzeihung: sie kriht tatsächlich — die Tafel Schokolade nach und nach auf, ohne dem kleinen Mädel auch nur ein Atom zu geben. Und so eine Packung hat 40 Tafeln, ebenso oft muß das Kind zusehen — wie die fettigen Finger von der Hand in den Mund fahren.

Die Mutter zieht das Köpfchen des Mädchens immer zurück, aber es ist, als ob die Augen mit magischer Gewalt immer wieder zur Frau mit der braunen, vieredigen, verlockenden Federel gezogen werden.

Ich gebe was darum, wenn ich eine Tafel Schokolade hätte, mit Bonbon würde ich dem Mädel jetzt die ganze Tracht in die Hände stopfen, um seine Sehnsucht zu stillen.

Nun kommt das letzte Bröckchen und — erschrick nicht, lieber Leser, dies niedrigste keine Quadrat fällt aus den Bratwursthänden weg und in den Dreck.

„Nimm es auf Kleine, hüß dich, ich es“ sagte sie. Da nehme ich den Stiefel und stoße den Rest voll Wut unter die Bank. Die Kleine sieht mich entsetzt an.

Doch ich sagte zu ihr: „Du bekommst so eine Tafel, so groß, Kind, aber diesen Dreck brauchst du nicht.“

Ich glaube, das Mädel hat eine Träne im Auge. Ich muß ihm vorgekommen sein wie ein richtiger Buhmann.

Da hält der Zug in Fulda. Ich stürze an den Stand und kaufe die größte Tafel Schokolade, die es gibt, viel schöner im Umschlag und bunter.

Die Augen des Kindes leuchten, als ob ein Weihnachtsbaum angezündet wäre, als ob...

Doch wozu in Gefühlen schwelgen. Mit zitternden Händen löst es in heiliger Scheu die Umhüllung, streift zärtlich über das Silberpapier, dann kommt der braune Inhalt.

Nun denke ich, es wird mit Bier darüber herfallen, aber — mir treten die Tränen in die Augen.

Das erste Stück steckt die Kleine der Mutter in den Mund,

dann steht es mich an, ich bekomme das zweite. Natürlich nimmt man es, das Kind würde ja untröstlich sein, wenn man „Nein“ sagen würde. Nun aber steckt es das dritte Stück mit Bonbonschauern und geschlossenen Augen in den eigenen Mund. Einmal — zweimal, dreimal...

Dann kommt eine Szene, die mir, solange ich lebe, unvergessen sein wird — das Mädel teilt dem ganzen Anteil aus. Jeder soll ein Stück erhalten, natürlich schrien alle ab; und nun kommt dieser Moment, der ein Erlebnis ist; dem Weib, das es 30mal den Weg vom Schoß bis in den Mund hat zusehen lassen, reicht es auch ein Stückchen hin.

Kostbar war die Frage, die die Frau zog: schade, schade, daß man nicht den Zeigensstift regieren kann...

Und wir anderen schnitten Gesichter, die man gleich mit hätte zeichnen können.

Nur das Mädel sah harmlos von einem zum andern. Gesprochen wurde gar nichts zwischen uns, alles war Pantomime.

Das Kind hat jedenfalls eine sehr wertvolle Lehre auf dieser Reise bekommen. Wenn es später einmal darüber nachdenkt, wird es sich gestehen müssen, daß die Geschichte mit der Tafel Schokolade ein Abbild unseres Lebens ist, wo die einen sich bis zum Plagen vollstopfen und die anderen zugucken.

Es war zwar nur ein Kind und nur eine Tafel Schokolade — aber doch eben ein Spiegel unserer Zeit, den uns zufällig ein herzloses Weib vorhielt.

Umeisen als Wohnungsplage. In letzter Zeit häufen sich nach Berichten, welche dem Laboratorium für Vorratsschädlinge der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem zugegangen sind, die Klagen über massenhaftes Auftreten von Umeisen in den Häusern, besonders in den Vorratsräumen und Speisekammern. Von einem Einfender wird die Vermutung ausgesprochen, daß es sich um bisher in Deutschland nicht vorhandene Arten handelt, die mit Lebensmittelspaketen aus Amerika eingeschleppt worden sind.

Die Biologische Reichsanstalt in Berlin-Dahlem bittet daher um Mitteilung von Beobachtungen und Einfendungen von Proben. Die Umeisen werden am besten in denaturiertem Spiritus (Brennspiritus) konserviert.

Beängstigende Fruchtbarkeit. Der Komponist Jean Gilbert, von dem in diesem Herbst zwei neue Operetten in Berlin gegeben werden — eine im Theater des Westens, die zweite im Berliner Theater — geht Ende September nach Wien, um dort eine dritte Operette zu schreiben, die an einem Wiener Theater zur Aufführung kommen soll.

Tom Jes. Die Nacht der Angora-Türkei haben den „Jes“ abgesetzt. Das legt jeden in Verwunderung, der weiß, welche Ueberlieferungen und Uebergläubnisse diese rote Wolke bei den Osmanen spielte. Würde man doch sogar im Weltkrieg, als man eine neue Kopfbedeckung für das türkische Heer

Der Kampf um das rote Berlin.

Die Bedrohung der Einheitsgemeinde.

Selbst der dem politischen Leben völlig Fernstehende wird sich sagen, daß es sich bei den am 16. Oktober stattfindenden Wahlen für die Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung und die Bezirksversammlungen um große Dinge handeln muß.

Denes unpolitische, in Wahrheit aber reaktionäre Gebilde, der Bürgerrat, gibt der Öffentlichkeit von seinem Dasein immer dann Kenntnis, wenn es einen Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen gilt.

Und der 'Vokal-Anzeiger' rief bereits in seiner Morgennummer vom 6. August die Bürger Berlins zur Einigkeit auf, der sozialistischen Gewalt Herrschaft im roten Hause ein Ende zu bereiten.

In einer Zusammenstellung nach dem Muster des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie seligen Gedenkens wird von der Parteifutterkrippe gesprochen, an welche die sozialistischen Fraktionen ihre unfähigen Männer gesetzt hätten, um auf 12 Jahre ihren unheilvollen Einfluß auf die Geschichte der Stadtgemeinde auszuüben.

Aber auch die gemäßigte Richtung des Bürgertums, die Partei der Demokraten, bezeichnet als Hauptziel der Wahlen vom 16. Oktober die Beseitigung dieser sozialistischen Mehrheit.

Diese Beispiele genügen zunächst, um zu zeigen, mit welchem Aufgebot die bürgerlichen Parteien diesmal den Kampf führen. Es steht Großes auf dem Spiele und die bürgerlichen Parteien wissen genau, warum sie den Kampf führen.

Seht, nachdem ein knappes Jahr sozialistischer Arbeit im neuen Gemeinwesen Berlins hinter uns liegt, könnte vielleicht auch von unseren Parteifreunden erneut die Frage aufgeworfen werden, ob die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion recht tat, als sie im vorigen Jahre gemeinsam mit den Unabhängigen den Magistrat überwiegend aus Sozialisten zusammensetzte.

Haben doch die Anhänger der Moskauer Taktik wiederholt in entscheidenden Fällen sich als Bundesgenossen der äußersten Rechten gezeigt und außerdem durch ihr turbulentes Auftreten im Verlaufe der Zeit eine vernunftgemäße Arbeit unserer Partei ständig zu durchkreuzen gesucht.

völkerungsschichten, die unter den Kriegswirkungen am meisten gelitten haben, durch Bereitstellung der dringendsten Mittel lindern zu helfen.

Unsere Fraktion wußte wohl, daß in dieser furchtbaren Finanznot, unter welcher Reich, Staat und Kommunen in gleicher Weise leiden, für die Zwecke der sozialen Fürsorge sowohl wie auch für die Hebung der Volkskultur erhebliche Mittel nicht verfügbar sein werden.

Dem Standpunkt der politischen Klugheit mag man es für verkehrt halten, daß die Sozialdemokratie im Hinblick auf die schwierigen Finanzverhältnisse Berlins eine so ungeheure Verantwortung auf ihre Schultern lud, denn am Ende des Jahres 1920 war es noch gar nicht klar zu übersehen, welcher gewaltigen Fehlbetrag das alte Staatjahr-aufzuweisen hatte.

Denn eins darf in diesem Kampf um die Macht im Berliner Rathaus nicht außer acht gelassen werden: Siegt das reaktionäre Bürgertum, so erleidet damit auch der Gedanke des einheitlichen Groß-Berlins eine Niederlage.

Die Vertreter der westlichen Bezirke haben weniger die Vorteile der gesamten Bevölkerung als vielmehr die der bisher stets bevorzugten Bevölkerungsteile im Auge.

Die Sozialdemokratie hat sich in diesem Kampfe aber nicht nur gegen die bürgerlichen Parteien zu wehren; auch die Extreme fordern unsere Anhänger zu entschiedener Stellung heraus.

Insofern die Anhänger Moskaus für ihre Sache zu werben suchen, dürfte es genügen, daran zu erinnern, daß ihr ganzer Speltaktel und die Stellung der gespanntesten Forderungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung doch in der Hauptsache dem Ziel gewidmet waren - getreu ihrer 21 Thesen über den Kommunismus - die Staatsmonarchie und die parlamentarischen und kommunalen Einrichtungen zu sprengen.

Daß die sozialdemokratische Fraktion sich stets dieser Verantwortung bewußt war und daß sie gleichfalls das Äußerste getan hat, um mit den vorhandenen bescheidenen Mitteln die Nöte

der werktätigen Schichten zu lindern, braucht in diesem Zusammenhang nicht besonders betont zu werden.

Es sei an dieser Stelle nur mit Nachdruck vermerkt, daß durch die Haltung unserer Vertreter im Stadtparlament sowohl wie auch im Magistrat die neue Einheitsgemeinde vor den folgenschwersten Erschütterungen bewahrt worden ist.

Die Notstands-Zeitkartenpreise.

Nachdem nunmehr die neuen Sätze für Zeitkarten, die ebenso wie im Fernverkehr auch auf den Berliner Vorortstrecken vorübergehend vom 1. September 1921 ab in Kraft treten werden, vom Reichsminister genehmigt worden sind, ist es möglich, an der Hand einer solchen erschienenen Hilfsberechnungstabelle die neuen Preise der Zeitkarten im Vorortverkehr den alten gegenüberzustellen.

Table with columns for 'Von Berlin nach', '2. Klasse', '3. Klasse', and 'Wochenkarten'. It lists various destinations like Potsdam, Prenzlauer Berg, and their respective fares.

Aus den Preisen für die Monatskarten lassen sich die Preise für die Schülermonatskarten leicht errechnen, die genau die Hälfte der vollen Monatskarten kosten.

Mutmaßlicher Frauenmord.

Im Laufe des gestrigen Tages sind in dem Luisenstädtischen Kanal weitere Leichenteile gefunden die zusammen mit den am Sonntag gelandeten Gebeinen von dem Geheimen Medizinalrat Prof. Dr. Strahmann im Beisein des Kriminalkommissars Dr. Niemann und seiner Beamten im Leichenschauhaus einer Besichtigung unterzogen wurden.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Er mußte ein beträchtliches Stück Weges - oh, er hatte ja Zeit! - zu Fuß zurücklegen, ehe er zur Haltestelle der Eisenbahn und fuhr bis zum Bahnhof Dammtor.

„Ich bitte um die bestellte Auskunft über Hermann Reisner in Berlin.“

Er erhielt sie, und sie war sehr erschöpfend. Es war keine rein geschäftliche Auskunft, sie betraf vielmehr - und das in der Hauptsache - auch das Privatleben Reisners.

Auf seinem Gange in das Stadttinnere hatte er Ruhe, sie zu studieren. Oft karambolierte er mit Leuten, die ihm Flüche nachschickten.

Auf einem Schild eines der großen Kontorhäuser las er: „H. Reisner Nachfolger, Export.“ Hier trat er in den Aufzug, der ihn in das dritte Stockwerk brachte, wo er an die Tür eines Kontors klopfte.

Es war merkwürdig: alle Leute, wenn er sie freundlich ansprach, sahen ihn geringschätzig an und hatten eine höhnende und grobe Antwort bereit.

„Lautenbach,“ sagte der Chef, nachdem sich Behrens vorgestellt hatte, „Sigmund Lautenbach. Womit kann ich Ihnen dienen?“

„Das ist so leicht nicht gesagt,“ antwortete Behrens, „Sie gestatten doch, daß ich mich setze?“

„Mit langsamem, gemächlichen Worten - oh, er hatte jetzt Zeit - die sich bemühten, alles ins rechte Licht zu

legen, erklärte er, weshalb er komme. Um etwas zu erbitten, sei er da. Gewiß, Herr Lautenbach habe das Recht, ihn, ohne zu antworten, wieder fortzuschicken, allein das werde er gewiß nicht tun, denn er, Behrens, bitte ja nur herzlich um eine Auskunft.

Sigmund Lautenbach wurde nicht recht klug aus diesem Besuch, fand indessen, daß er harmlos sei, ungeschickt und fast rührend hilflos, und es stieg in ihm etwas wie ein blaßes Wohlwollen für den fremden Mann in ihm auf.

„Ich möchte,“ begann Behrens bedächtig, „Sie bitten, daß Sie mir einiges über einen Mann erzählen, der mich sehr... interessiert.“

Lautenbach starrte ihn mit offenem Mund an. Hatte er einen Irrsinnigen vor sich? Er bekam ein wenig Furcht.

Behrens begütigte ihn mit einer sanften Bewegung seiner Hand. „Ich weiß, ich weiß,“ sagte er rasch, „daß es - merkwürdig, ja anmahnend von mir ist, wenn ich Sie, der Sie hier Geld verdienen wollen, mit Privatangelegenheiten behellige, die Ihnen Ihre kostbare Zeit rauben müssen.“

„Was hat dieser Mensch nur? dachte Lautenbach. Und er stellte weiter fest, und seine Furcht schwand damit völlig: So ungewöhnliche Augen habe ich noch bei niemandem gesehen: ob er einer von der Heilsarmee ist?“

Lautenbach sagte er: „Sie täuschen sich, ich denke nicht immer an Geld!“

„Ausgezeichnet,“ rief Behrens aus, „dann werden Sie es auch jetzt nicht tun, wenn ich Sie darum bitte?“

„Rein,“ versprach Lautenbach.

Behrens pufte sich umständlich seine Gläser - denn er war im Gefängnis stark kurzichtig geworden - ehe er fortfuhr: „Stellen Sie sich vor, verehrter Herr, Sie lägen im Gefängnis. Nicht Tage, nicht Wochen nicht Monate - nein, Jahre. Und in dieser Gefangenschaft hätten Sie einen Freund gewonnen. Einen guten Freund, wissen Sie, - einen, dem Sie vertrauen könnten... Und dieser Freund verleihe dann das Gefängnis, denn er hätte seine Strafe verbüßt. Sie aber

blieben dort. Noch viele Jahre. Aber dann kämen Sie doch frei... Ich frage Sie: was würden Sie, wenn Sie frei wären, sofort tun?“

Lautenbachs Staunen war in Bestürzung übergegangen. „Ich verstehe nicht...“

„Würde Ihnen nicht daran liegen, zu erfahren, wie es Ihrem Freund, Ihrem guten, Ihrem besten Freund - geht?“

„Gewiß,“ antwortete Lautenbach mechanisch.

Behrens lächelte. „Nun also. Ich bin der Mann, der die vielen, vielen Jahre im Gefängnis war. Wer aber, glauben Sie, war mein Freund?“

Lautenbach rückte unwillkürlich einen Schritt von diesem rätselhaften Menschen ab. Allein dessen Wächeln hielt ihn fest, ließ ihn nicht los, um nichts in der Welt. „Kenne ich ihn?“ fragte er zögernd.

Behrens lächelte noch immer. „O ja.“

Da sprang Lautenbach jäh auf, und er hatte alles Erstauntsein verloren, denn er wußte nun mit einem Mal, was der andere wollte. „Reisner!“ rief er aus.

Lautenbach vergaß schnell, daß er sich einem fremden Menschen gegenüber befand, über dessen Absichten er sich noch gar nicht klar war, und fühlte nur das eine: daß von jenem einen Mann die Rede war, den er haßte.

„Er schrie: „Dieser Schuft!“ Behrens betrachtete ihn lange und blieb stumm.

Dann aber sagte er: „Hatten Sie mir nicht versprochen, dieses eine Mal nicht an Geld zu denken?“

Lautenbach fuhr ihn wütend an: „Nicht an Geld denken? - bei ihm, diesem, diesem - , der mich um viel... viel gebracht hat!“

„Wieviel war es?“ fragte Behrens sachlich, als ob er nur deshalb hergelommen sei, um über diesen Punkt zu reden. Und Lautenbach war dermaßen angefüllt mit Erbitterung, daß ihm diese sachliche Frage nicht auffiel. „Wieviel?“ schrie er. „Mehr als hunderttausend Mark waren es, um die er mich überteuert hat, als er sein Verhältnis zu mir löste!“

Sachkenntnis festgestellt. Die Glieder sind in den Gelenken getrennt worden, ohne daß die Knochenhaut verletzt worden sind. Sonderbarerweise hat der Täter die einzelnen Leichteile von der Haut befreit. Nur beide Unterarme, die linke Hand und den rechten Fuß hat er unverändert gelassen. Von den Fingern hat man Fibrillen genommen, um vielleicht mit Hilfe der Daktyloskopie die Persönlichkeit festzustellen.

Es wird angenommen, daß der Täter die einzelnen Teile in das Engelbeden geworfen und diese dann nach dem Luisenstädtischen Kanal abgetrieben worden sind. Zur Aufklärung des Verbrechens wird eine Vernehmung ausgesetzt werden. Zweckdienliche Mitteilungen sind an Kriminalkommissar Dr. Niemann, Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 499, zu richten.

Sonderzuweisung von Auslandszucker.

Der Magistrat, Zuckererzeugnisse Berlin, gibt bekannt: Gemäß § 5 der Verordnung des Magistrats Berlin über Lebensmittelartikeln vom 18. Oktober 1916 wird für die Bezirksämter 1 bis 6 der Stadt Berlin bestimmt: Auf Abschnitt Nr. 8 der Grob-Berliner Lebensmittelkarte ist einundneunzig Pfund Auslandszucker zum Preise von 6,45 M. als Sonderzuweisung abzugeben. Der Verkauf von Auslandszucker erfolgt in allen Geschäften, die eine Kundenliste zum Verkauf von Kommunalzucker eingereicht haben. Gegen Vorlegung der für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1921 gültigen Zuckerkarte in dem Geschäft, in dem der Empfangsberechtigte zum Bezug von Kommunalzucker eingetragen ist, ist der Verkäufer verpflichtet, unter Abtrennung des Bestell- und Empfangsabschnittes Nr. 8 der Lebensmittelkarte den Zucker auszugeben. Jeder zugelassene Kleinhändler ist verpflichtet, den Verkaufsbeginn durch Anschlag anzuzeigen. Eine Voranmeldung findet nicht statt. Der Verkauf von Auslandszucker findet nur in der Zeit vom Mittwoch, den 10. August, bis Sonnabend, den 3. September, einschließlich, statt.

Großfeuer auf „Freiland“.

Am Sonntag nachmittag brannte auf dem Siedlungsgebiete nordwestlich Müchberg das dem Obst- und Heimstättenverein „Freiland“ (Eich Neufeld) gehörige große Sägewerk mit den dazugehörigen Nebenerbauten vollständig nieder. Ebenfalls wurden große Holzvorräte, die neben dem Sägewerk lagerten und teilweise fremdes Eigentum sind, ein Raub der Flammen. Schuld an der völligen Vernichtung war die große Trockenheit, außerdem standen wegen der Sonntagsruhe nur wenige Mannschaften für die Löschung zur Verfügung. Besonders gefährdet wurde ein größerer Hort anstehender Holzware. Der Schaden dürfte mindestens 800 000 M. betragen. Als Entstehungsursache wird Selbstzündung oder Funkenauswurf vermutet. Das Siedlungsgebiet war während des Krieges eine Willstättererschule der Rumpferwerke. In den jetzt vernichteten Flugschutzgruppen hatte die Genossenschaft „Freiland“ mit ihrer Unternehmung Unterkunft gefunden. Durch die Vernichtung des Betriebes werden so alle Genossenschaftler arbeitslos. Sie sind sämtlich Grob-Berliner Arbeitslose und hatten hier mit staatlicher Hilfe Arbeit gefunden.

Der Revolverheld aus der Stettiner Straße verhaftet. Die Stutut in der Stettiner Straße, die, wie gemeldet, dem Berliner Paul Römer aus der Grünthaler Straße das Leben kostete, zeigt, wie die näheren Feststellungen ergaben, von außerordentlicher Robheit. Im Verlauf der Schimpferei und Prügelei erklärte Kühnelt, er werde hingehen und sich einen Revolver holen. Er entfernte sich dann auch und kehrte nach geraumer Zeit mit zwei Begleitern, einem Adolf Lehmann und einem Simon in einem Kraftwagen zurück. Kühnelt gab plötzlich aus dem Revolver fünf Schüsse ab, worauf Römer tödlich getroffen zusammenbrach. Kühnelt, der ebenso wie Lehmann und Simon die Flucht ergriß, wurde noch im Laufe des Tages ergriffen und gestern, ebenso wie die beiden Begleiter, eingehend verhört. Er wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Unterdrückung von Kriegssopfer-Geldern. Der Internationale Bund der Kriegssopfer, Ortsgruppe R.B. I (Deutsche Sektion, San Berlin-Brandenburg) erfährt uns mitzuteilen, daß der ehemalige 2. Ortsgruppenleiter Ernst Hennig, geb. 23. 12. 1884 zu Charlottenburg, Poststr. 41, sich einer nachweisbaren bewußten Unterschlagung von Organisations-Kassengeldern, die den Kernsten der Armen gehören, schuldig gemacht hat. Durch die öffentliche Brandmarkung dieser ehrlosen Handlung soll in erster Linie verhindert werden, daß J. von neuem in einer anderen Arbeiterorganisation Eingang findet.

Leere Räume im Krankenhaus. Der Betriebsrat des Krankenhauses der Jüdischen Gemeinde teilt uns zu der in Nr. 352 des „Vorwärts“ veröffentlichten Notiz folgendes mit: „Dem Magistrat Berlin war der Infektionspavillon für das Bezirksamt Wedding angeboten, er hat das Gebäude aber abgelehnt und nur auf das Schwasteneheim in reflektiert, was aber von der Jüdischen Gemeinde der hohen Unkosten wegen, die ein Umzug und Umbau mit sich bringen würde, nicht akzeptiert werden konnte. Die Jüdische Gemeinde hat nie einen Zuschuß in Höhe von 600 000 M. von der Stadt Berlin erhalten. Es erhielten vielmehr sämtliche 8 Anstalten, die dem Verbands der privaten gemeinnützigen Krankenanstalten angehören, 600 000 M. einmalls. Auf das Krankenhaus der Jüdischen Gemeinde entfielen davon circa 111 000 M. als Zuschuß zu den tarifmäßigen Löhnen.“

Was wird mit der Kinderheilstätte Lichtenberg? Am 30. Juni ist die Kinderheilstätte Lichtenberg von der Landesversicherungsanstalt Berlin geschlossen und bis heute noch nicht wieder eröffnet worden. Soll diese Anstalt, die 105 Waiskinder für Kriegsanleihe aufgenommen hat, jetzt nicht so viel aufwenden können, um dem immer mehr um sich reichenden Elend der Tuberkulose unserer Kinder durch Wiedereröffnung der Heilstätte wirksam steuern zu können? Die Landesversicherungsanstalt müßte endlich dazu gezwungen werden, ihre Pflicht gegenüber den noch Zehntausenden zählenden unterernährten und tuberkulösen Kindern zu erfüllen.

Obstdiebstahl auf den Rieselstücken. Der Magistrat teilt mit: Deutliche Befürchtungen und Warnungen zum Trotz gibt es noch zahlreiche Personen, die mit Vorliebe die Anlagen und Baumalleen der städtischen Rieselgüter zu angeblichen Spaziergängen benutzen und auch das dort vorhandene Obst als Gemeingut betrachten. Es werden nicht nur Obst und andere Feldfrüchte in kleinen Mengen entwendet, sondern es haben sich ganze Kolonnen zusammengesetzt, um planmäßige Massen diebstähle auszuführen und die Beute zu verkaufen. Die städtische Überwachungsabteilung hat sich daher entschlossen, durch bewaffnete Beamte und mit Hilfe von Polizeihunden die städtischen Güter zu schützen. Das Publikum wird gewarnt, die Rieselfelder und die dazu gehörigen Anlagen zu betreten.

Verfolgung von Gasdiebstählen. Die Gasbetriebsgesellschaft teilt mit: Während der Kriegs- und Nachkriegsjahre konnten von den Gaswerken die üblichen Nachprüfungen der Wohnungsauslässe und im Zusammenhang damit die Verfolgung von Gasdiebstählen nicht in dem früheren Umfang vorgenommen werden. Mit Rücksicht auf die Notlage vieler Volksteile ist auch in den meisten Fällen von einer Anzeige Abstand genommen worden. Es hat sich aber gezeigt, daß infolge dieser nachlässigen Behandlung die Zahl der Diebstähle stark gestiegen ist. Infolgedessen soll in Zukunft jeder Fall rückwirkend der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

Spende Bücher für die städtischen Heimstätten. In den Bibliotheken der städtischen Heimstätten für Lungentranke und Erholungsbedürftige sind gegenwärtig nur geringfügige Bücherbestände vor-

handen. Die Stadt, die für die Befundung der Bevölkerung gewaffnete Opfer bringt, ist leider nicht in der Lage bei den heutigen Bücherpreisen, weitere Mittel für Lektüre aufzuwenden. Die Patienten haben nun bei ihrer geringen Bewegungsfreiheit und Betätigungsmöglichkeit ein dringendes Bedürfnis nach guter Lektüre; Beruhigung sowie geistige Harmonie sind aber wesentliche Unterstüßungsfaktoren für den Erfolg der Kur. Der Magistrat wendet sich daher an den Opfermann der Berliner Bevölkerung mit der Bitte, ihm geliehene oder entbehrliche Bücher in möglichst großer Zahl zur Verfügung zu stellen. Spenden nimmt das Heimstättenbüro, Blumenstraße 97 II, wochentäglich von 8-3 Uhr entgegen.

Eine braune Aktentasche ist am Donnerstagabend zwischen Siemens-Rohr und Bahnhof Jungfernheide verloren gegangen. Inhalt: Geldmaterial. Da der Besitzer für die verlorenen Beträge hoffbar gemacht wird, wird der ehrliche Finder gebeten, Nachricht oder die Tasche selbst im Arbeiterzimmer des Fernverkehrs der Siemens u. Halske A.G. abzugeben.

„Wanderfahrt durch die Lüneburger Heide“ lautet das Thema des mit 100 farbigen Lichtbildern ausgestatteten Vortrages, den Herr Dr. H. Hansen am Mittwoch, den 10. August, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Kreuztorer Sternwarte hält. Mit dem großen Fernrohr werden bei klarem Wetter und Anhalten von Fledern von 2 bis 7 Uhr die Sonne, von 7 1/2 bis 11 Uhr der Mond, ein Planeten oder Ringnebel in der Vesper beobachtet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 9. August:

29. Wkt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksleiter, Vertrauensleute und Elternbeiräte bei Frau. Brenzlauer Allee 189.

47. Wkt. 7 Uhr Bezirksführung bei Rabbin. Bräuerstr. 43.

48. Wkt. 7 Uhr Bezirksführung bei Rabbin. Bräuerstr. 43.

49. Wkt. 7 Uhr Bezirksführung bei Rabbin. Bräuerstr. 43.

Morgen, Mittwoch, den 10. August,

Mitgliederversammlungen:

1. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse Willi Mühsen: „Die finanziellen Wirkungen des Friedensvertrages“.

2. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Da wichtige Tagesordnung ist des Besizers unbedingt notwendig.

3. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

4. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

5. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

6. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

7. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

8. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

9. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

10. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

11. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

12. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

13. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

14. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

15. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

16. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

17. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

18. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

19. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

20. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

21. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

22. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

23. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

24. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

25. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

26. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

27. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

28. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

29. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

30. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

31. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

32. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

33. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

34. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

35. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

36. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

37. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

38. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

39. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

40. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

41. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

42. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

43. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

44. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

45. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

46. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

47. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

48. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

49. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

50. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

51. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

52. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

53. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

54. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

55. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

56. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

57. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

58. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

59. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

60. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

61. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

62. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

63. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

64. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

65. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

66. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

67. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

68. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

69. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

70. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“.

den 11. 8. M. Raifinbende Arbeitermarkt im Grünwald. „Faberius“, Fabrikarbeiter Sir. 1. abends zu besuchen. Anfang 8 Uhr. Karten zum Preise von 1,50 M. sind noch bei den Straßenführern und beim Kassierer, Genosse Schmidt, Ludwigstraße 8 zu haben. — 70. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Kaiser. Politische Sir. 60. 1. Bericht vom Parteitag. 2. Die kommende Stadtverordnetenwahl. Persönliches Erörtern notwendig.

71. Wkt. Schwärzberg. 7 1/2 Uhr im Schützenhaus Mitgliederversammlung und Schlußabend.

Schwärzberg. 77. Wkt. 8 Uhr Schlußabend in folgenden Lokalen: 1. und 2. Bezirk bei Feiger, Rastplatzstr. 16; 3. und 4. Bezirk bei Dst. Kottin-Unterstr. 69; Thema: „Die bevorstehenden Wahlen“. — 78. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Bödel, Vorderstr. 11 und bei Grunz, Guffan-Grünz-Str. 8. Referent: Die Bezirksverordneten Schwamm und Buch: „Aus Stadt und Bezirk“. Zu diesen wichtigen Veranstaltungen, die den kommunalen Wahlkampf einleiten, müssen alle Mitglieder erscheinen. — 79. Wkt. 8 Uhr Schlußabend in folgenden Lokalen: 1. und 2. Bezirk im Lokal von Ritz, Gieselerstr. 9; Referent Ernst Doh; 4., 5., 6., 7. und 8. Bezirk im Lokal von Ostern, 1. Referent Genosse Franz Geminoli. Der Schlußabend des 8. Bezirks (Lindenhof) findet am Donnerstag im Lokal Piniel, Bismarckstr. 101. Referent Genosse Franz Geminoli. Das Referat in sämtlichen Abteilungen lautet: „Die kommenden Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen“. Alle Genossen müssen erscheinen. — 80. Wkt. 7 1/2 Uhr im Gefängnis des Holzschlammhagens, gemeinsame Mitgliederversammlung. Bericht über den Verlauf der Stadt- und Bezirksverordnetenwahl.

81. Wkt. Friedenau. 1. bis 3. Bezirk: 7 1/2 Uhr bei Ulrich, Sandbierstr. 66; 4. und 5. Bezirk bei Erny, Fiedlerstr. 12; Referent Genosse Keller: „Der Jungsozialismus in Deutschland“; 6. Bezirk: 7 1/2 Uhr im Rest. Gumbach, Dönhofsstr. 10; Referent Genosse Wulfschlag: „Arbeiter, Beamte und Sozialdemokratie“. — Die Mitgliederversammlung der Abteilung findet am Mittwoch, den 17. August, statt.

Kreutzberg. 82. Wkt. 7 1/2 Uhr Schlußabend in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Richter, Rastplatzstr. 16; 2. bis 4. Bezirk bei Große, Adolphstr. 34; 5., 6., 7. und 8. Bezirk bei Wenzel, Wulfschlagstr. 19; 7. und 8. Bezirk bei Bed, Rastplatzstr. 46; 9., 10., 11. und 12. Bezirk bei Thiel, Fiedlerstr. 6. — 83. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Rind-Bräuerstr. Hermannstr. Referent Genosse Drost: „Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen“. 2. Auffassung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. — 84. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Kump, Fiedlerstr. 16; 41. und 42. Bezirk bei Sobel, Prinz-Sandbier-Str. 54; 43. und 44. Bezirk bei Sobel, Fiedlerstr. 40; 45. und 46. Bezirk bei Grunz, Fiedlerstr. 9; 47. bis 50. Bezirk bei Grunz, Fiedlerstr. 9. — 85. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Grunz, Fiedlerstr. 9. — 86. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Auguststr. 63. Referent Genosse A. Blach: „Die Außenpolitik des Sozialismus und das neue Parteiprogramm“. 2. Auffassung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. — 87. Wkt. 7 1/2 Uhr im Saal des Kriegervereins, Hermannstr. 156/157. Auffassen der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. — 88. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Berthold, Rastplatzstr. 1. Tagesordnung: 1. Auffassen der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. 2. Tagesordnung. 3. Tagesordnung. 4. Tagesordnung. 5. Tagesordnung. 6. Tagesordnung. 7. Tagesordnung. 8. Tagesordnung. 9. Tagesordnung. 10. Tagesordnung. 11. Tagesordnung. 12. Tagesordnung. 13. Tagesordnung. 14. Tagesordnung. 15. Tagesordnung. 16. Tagesordnung. 17. Tagesordnung. 18. Tagesordnung. 19. Tagesordnung. 20. Tagesordnung. 21. Tagesordnung. 22. Tagesordnung. 23. Tagesordnung. 24. Tagesordnung. 25. Tagesordnung. 26. Tagesordnung. 27. Tagesordnung. 28. Tagesordnung. 29. Tagesordnung. 30. Tagesordnung. 31. Tagesordnung. 32. Tagesordnung. 33. Tagesordnung. 34. Tagesordnung. 35. Tagesordnung. 36. Tagesordnung. 37. Tagesordnung. 38. Tagesordnung. 39. Tagesordnung. 40. Tagesordnung. 41. Tagesordnung. 42. Tagesordnung. 43. Tagesordnung. 44. Tagesordnung. 45. Tagesordnung. 46. Tagesordnung. 47. Tagesordnung. 48. Tagesordnung. 49. Tagesordnung. 50. Tagesordnung. 51. Tagesordnung. 52. Tagesordnung. 53. Tagesordnung. 54. Tagesordnung. 55. Tagesordnung. 56. Tagesordnung. 57. Tagesordnung. 58. Tagesordnung. 59. Tagesordnung. 60. Tagesordnung. 61. Tagesordnung. 62. Tagesordnung. 63. Tagesordnung. 64. Tagesordnung. 65. Tagesordnung. 66. Tagesordnung. 67. Tagesordnung. 68. Tagesordnung. 69. Tagesordnung. 70. Tagesordnung. 71. Tagesordnung. 72. Tagesordnung. 73. Tagesordnung. 74. Tagesordnung. 75. Tagesordnung. 76. Tagesordnung. 77. Tagesordnung. 78. Tagesordnung. 79. Tagesordnung. 80. Tagesordnung. 81. Tagesordnung. 82. Tagesordnung. 83. Tagesordnung. 84. Tagesordnung. 85. Tagesordnung. 86. Tagesordnung. 87. Tagesordnung. 88. Tagesordnung. 89. Tagesordnung. 90. Tagesordnung. 91. Tagesordnung. 92. Tagesordnung. 93. Tagesordnung. 94. Tagesordnung. 95. Tagesordnung. 96. Tagesordnung. 97. Tagesordnung. 98. Tagesordnung. 99. Tagesordnung. 100. Tagesordnung.

101. Wkt. Friedenau. 7 1/2 Uhr im Saal des Kriegervereins, Hermannstr. 156/157. Tagesordnung: 1. Tagesordnung. 2. Tagesordnung. 3. Tagesordnung. 4. Tagesordnung. 5. Tagesordnung. 6. Tagesordnung. 7. Tagesordnung. 8. Tagesordnung. 9. Tagesordnung. 10. Tagesordnung. 11. Tagesordnung. 12. Tagesordnung. 13. Tagesordnung. 14. Tagesordnung. 15. Tagesordnung. 16. Tagesordnung. 17. Tagesordnung. 18. Tagesordnung. 19. Tagesordnung. 20. Tagesordnung. 21. Tagesordnung. 22. Tagesordnung. 23. Tagesordnung. 24. Tagesordnung. 25. Tagesordnung. 26. Tagesordnung. 27. Tagesordnung. 28. Tagesordnung. 29. Tagesordnung. 30. Tagesordnung. 31. Tagesordnung. 32. Tagesordnung. 33. Tagesordnung. 34. Tagesordnung. 35. Tagesordnung. 36. Tagesordnung. 37. Tagesordnung. 38. Tagesordnung. 39. Tagesordnung. 40. Tagesordnung. 41. Tagesordnung. 42. Tagesordnung. 43. Tagesordnung. 44. Tagesordnung. 45. Tagesordnung. 46. Tagesordnung. 47. Tagesordnung. 48. Tagesordnung. 49. Tagesordnung. 50. Tagesordnung. 51. Tagesordnung. 52. Tagesordnung. 53. Tagesordnung. 54. Tagesordnung. 55. Tagesordnung. 56. Tagesordnung. 57. Tagesordnung. 58. Tagesordnung. 59. Tagesordnung. 60. Tagesordnung. 61. Tagesordnung. 62. Tagesordnung. 63. Tagesordnung. 64. Tagesordnung. 65. Tagesordnung. 66. Tagesordnung. 67. Tagesordnung. 68. Tagesordnung. 69. Tagesordnung. 70. Tagesordnung. 71. Tagesordnung. 72. Tagesordnung. 73. Tagesordnung. 74. Tagesordnung. 75. Tagesordnung. 76. Tagesordnung. 77. Tagesordnung. 78. Tagesordnung. 79. Tagesordnung. 80. Tagesordnung. 81. Tagesordnung. 82. Tagesordnung. 83. Tagesordnung. 84. Tagesordnung. 85. Tagesordnung. 86. Tagesordnung. 87. Tagesordnung. 88. Tagesordnung. 89. Tagesordnung. 90. Tagesordnung. 91. Tagesordnung. 92. Tagesordnung. 93. Tagesordnung. 94. Tagesordnung. 95. Tagesordnung. 96. Tagesordnung. 97. Tagesordnung. 98. Tagesordnung. 99. Tagesordnung. 100. Tagesordnung.

102. Wkt. Friedenau. 7 1/2 Uhr im Saal des Kriegervereins, Hermannstr. 156/157. Tagesordnung: 1. Tagesordnung. 2. Tagesordnung. 3. Tagesordnung. 4. Tagesordnung. 5. Tagesordnung. 6. Tagesordnung. 7. Tagesordnung. 8. Tagesordnung. 9. Tagesordnung. 10. Tagesordnung. 11. Tagesordnung. 12. Tagesordnung. 13. Tagesordnung. 14. Tagesordnung. 15. Tagesordnung. 16. Tagesordnung. 17. Tagesordnung. 18. Tagesordnung. 19. Tagesordnung. 20. Tagesordnung. 21. Tagesordnung. 22. Tagesordnung. 23. Tagesordnung. 24. Tagesordnung. 25. Tagesordnung. 26. Tagesordnung. 27. Tagesordnung. 28. Tagesordnung. 29. Tagesordnung. 30. Tagesordnung. 31. Tagesordnung. 32. Tagesordnung. 33. Tagesordnung. 34. Tagesordnung. 35. Tagesordnung. 36. Tagesordnung. 37. Tagesordnung. 38. Tagesordnung. 39. Tagesordnung. 40. Tagesordnung. 41. Tagesordnung. 42. Tagesordnung. 43. Tagesordnung. 44. Tagesordnung. 45. Tagesordnung. 46. Tagesordnung. 47. Tagesordnung. 48. Tagesordnung. 49. Tagesordnung. 50. Tagesordnung. 51. Tagesordnung. 52. Tagesordnung. 53. Tagesordnung. 54. Tagesordnung. 55. Tagesordnung. 56. Tagesordnung. 57. Tagesordnung. 58. Tagesordnung. 59. Tagesordnung. 60. Tagesordnung. 61. Tagesordnung. 62. Tagesordnung. 63. Tagesordnung. 64. Tagesordnung. 65. Tagesordnung. 66. Tagesordnung. 67. Tagesordnung. 68. Tagesordnung. 69. Tagesordnung. 70. Tagesordnung. 71. Tagesordnung. 72. Tagesordnung. 73. Tagesordnung. 74. Tagesordnung. 75. Tagesordnung. 76. Tagesordnung. 77. Tagesordnung. 78. Tagesordnung. 79. Tagesordnung. 80. Tagesordnung. 81. Tagesordnung. 82. Tagesordnung. 83. Tagesordnung. 84. Tagesordnung. 85. Tagesordnung. 86. Tagesordnung. 87. Tagesordnung. 88. Tagesordnung. 89. Tagesordnung. 90. Tagesordnung. 91. Tagesordnung. 92. Tagesordnung. 93. Tagesordnung. 94. Tagesordnung. 95. Tagesordnung. 96. Tagesordnung. 97. Tagesordnung. 98. Tagesordnung. 99. Tagesordnung. 100. Tagesordnung.

Wirtschaft

Förderung des Luxus durch die Steuerpraxis.

Man schreibt uns: Der Reichsfinanzhof hat in einer Entscheidung vom 26. März 1920 den Standpunkt eingenommen, daß es in der Frage, ob eine Ausgabe zu den Betriebskosten gehört, nicht darauf ankommt, ob sie zur Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung des Einkommens erforderlich war, sondern ob sie zu diesem Zweck gemacht worden ist; ist dies der Fall, so ist der Abzug bei der Einkommenberechnung statthaft.

Diese Entscheidung führt dazu, daß bei hohen Einkommen 60 Proz. der Kosten für das Halten eines Automobils vom Staat getragen werden, wenn dem Automobilhalter keine Behauptung, er halte das Automobil zu geschäftlichen Zwecken, nicht widerlegt werden kann. Zweifellos gebraucht eine große Zahl Industrieller und Gewerbetreibender ein Automobil zur zweckmäßigen Ausübung ihrer Arbeitskraft. Aber ebenso zweifellos ist es, daß ein anderer Teil von Automobilhaltern ihr Fahrzeug in der Hauptsache aus persönlicher Bequemlichkeit, zu Vergnügungs- und Luxuszwecken hält und es gar nicht oder nur nebenher zu geschäftlichen Zwecken gebraucht. Die Kosten für die Unterhaltung eines Automobils einschließlich des Chauffeurlohnens schwanken zwischen 60 000 bis 80 000 M. jährlich. Von diesen Kosten zahlt der Staat dadurch, daß er weniger Steuern erhält, etwa 36 000 bis 48 000 M., während der Automobilhalter sich die Kosten für das Automobil nur auf 24 000—32 000 M. berechnet. Dieser Zustand ist unhaltbar. Wohl wird es kaum möglich sein, daß die Finanzbehörden die Notwendigkeit einer jeden Betriebsausgabe prüfen. Man muß doch über die Notwendigkeit einer Ausgabe recht verschiedener Ansicht sein, und die Finanzbehörde ist gar nicht in der Lage, diese Fragen überall sachgemäß zu prüfen. Aber es muß doch verlangt werden, daß Ausgaben, die gar nicht oder nur nebenher für den Betrieb gemacht werden, in der Hauptsache aber den persönlichen Bedürfnissen des Steuerpflichtigen dienen, nicht als Betriebskosten vom Einkommen bei der Steuerberechnung abgezogen werden dürfen. So wird z. B. der Automobilbesitzer nur 10 000 M. abziehen dürfen, wenn er durch das Halten des Automobils 10 000 M. an Fuhrlohn für geschäftliche Fahrten spart; die übrigen Kosten für das Automobil wird er nicht abziehen dürfen.

Das geltende Gesetz läßt diese Auslegung zu. Sie wird nicht nur für die Automobilhaltung von Bedeutung sein, sondern vielfach auch sonst. Das Kapitel der Reisespesen wird in diesem Zusammenhang nicht mindere Beachtung finden müssen. Die Finanzbehörden werden auf die ganze Frage ihr Augenmerk schärfer als bisher lenken müssen. Bei der Finanzlage des Reichs ist es nicht zu verantworten, daß gerade die Kreise, die sich in ihren Ausgaben am wenigsten Beschränkung auferlegen, bei der Erfüllung ihrer Steuerpflicht gespart werden.

Drohende Kartoffel- und Futtermittelnot. In den Saatenstandziffern des preussischen Statistischen Landesamts für den Anfang August, die soeben erschienen sind, kommen die Folgen der anhaltenden Dürre der letzten Monate zum Ausdruck. Besonders groß ist die Verschlechterung der Ernteausichten für Kartoffeln. Während man noch im Juli auf eine etwas über den Durchschnitt liegende Kartoffelernte gerechnet hatte, ergaben die Schätzungen des Saatenstandes der Kartoffeln am Anfang dieses Monats 3,5, also zwischen mittel und gering (da von den Begutachtungsziffern 3 mittel, 4 gering bedeuten). Auch die Ausichten der Futtermittelernie werden als sehr schlecht angenommen. Der Lebensmittelhandel hat sich auf die Verschlechterung der Ernteausichten bereits eingestellt. Besonders vom Kartoffelmarkt wird eine anhaltend starke Nachfrage bei steigenden Preisen berichtet. Ob die feuchtere Witterung der letzten Tage eine wesentliche Besserung der Ernteausichten für Kartoffeln mit sich bringen wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wenn nicht, so ist mit einem empfindlichen Mangel an Kartoffeln zu rechnen, der bei der freien Kartoffelwirtschaft und bei der Verteuerung des Brotes mit doppelter Schärfe die breiten Massen treffen würde.

zu rechnen, der bei der freien Kartoffelwirtschaft und bei der Verteuerung des Brotes mit doppelter Schärfe die breiten Massen treffen würde.

Weil der Welken im Inland feurer ist als im Ausland, hat ein Mitglied des Kuratoriums der Reichsgüterstelle den Antrag gestellt, die Ausfuhr von Weizen freizugeben. Das hungernde deutsche Volk hat also nach dem Urteil des Fachmannes einer im Interesse der Allgemeinheit geschaffenen Behörde bereits zu viel Brotgetreide! Eine traurigere Verwirrung konnte die Ernährungs-politik des jetzigen Leiters der deutschen Lebensmittelversorgung nicht mehr zeitigen. . . .

Soziales.

Umstellung des Heilmittelwesens?

Aus Kreisen des Wirtschaftsverbandes deutscher Apotheker, der neben dem Deutschen Apothekerverein besteht und 1800 hauptsächlich auf dem Lande und in Kleinstädten wohnende Mitglieder zählt, wird uns geschrieben, daß es den Apothekenbesitzern auf dem Lande weniger gut geht, als es nach unferm Artikel in der Sonntagsbeilage den Anschein hat. Es ist selbstverständlich, daß es sich bei den geschäftlichen Tatsachen hauptsächlich um Zustände in den Großstädten handelt, die in der Kleinstadt und auf dem Lande weniger stark in Erscheinung treten. Aber gerade dieser Gegenstand von Stadt und Land zeigt von neuem, wie ungesund die heutigen Verhältnisse sind. Es ist wie bei den Ärzten und zum Teil auch schon bei den Hebammen. Es gibt nur noch Großgewinnler und Profiteure. Alles drängt sich zu den reichen und angenehmen Verdienstsquellen der Großstadt, auf der einen Seite ein Ueberangebot, dem ein oft furchtbarer Mangel in den weniger einträglichen Distrikten gegenübersteht. Hier in der Preisgestaltung der Medikamente und in der Verteilung der Ausgaben ordnend eingzugreifen, wäre die erste Aufgabe bei einer Reform des Heilmittelwesens. Die uns vorliegende Zuschrift betont ganz mit Recht, daß nicht jeder Apotheker es verstanden habe, sich Spekulationsgewinne zu sichern. Über darin liegt gerade das Erzähl der Apothekerfrage, daß es überhaupt möglich ist, die Medikamente zu Spekulationsobjekten beliebiger Art zu machen.

Front machen wir weiter gegen das unsoziale Verhalten mancher Apothekerorganisationen. So haben die Apotheker im vergangenen Jahre bei den Verhandlungen über die Neugestaltung der Arzneitaxe so gewaltige Erhöhungen gefordert, daß die Rassenvertreiter die Verhandlungen abbrechen und das Reichsgesundheitsamt um Vermittlung angehen mußten. Als die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Speyer und die Apothekenbesitzer ihres Bezirks eine auf sozialer Grundlage aufgebaute Apothekenbetriebsgemeinschaft zu gründen versuchten, die bei wesentlich geringeren Verwaltungskosten und Ausschaltung aller Unternehmer- und Konjunkturgewinne die Medikamente zu günstigeren Preisen abgeben sollte, scheiterte das Unternehmen an der Gegenaktion der Apothekerorganisation. Was soll man weiter dazu sagen, wenn die dem Berliner Apothekerverein angeschlossenen Apothekenbesitzer ihren erwachsenen Arbeitern 180 bis 200 M., den erwachsenen Arbeiterinnen 110 bis 120 M., den männlichen Jugendlichen 55 bis 120 M., den weiblichen Jugendlichen 44 bis 82,50 M. Wochenlohn auszahlten, wovon dann noch die Steuerabzüge, Krankentassen- und Invalidenbeiträge abgezogen werden! Und selbst diese tarifmäßig festgesetzten Löhne werden, wie uns häufige Klagen beweisen, noch nicht einmal immer ausgezahlt. Das alles sind Dinge, die von dem sozialen Empfinden der Apothekenbesitzer nicht das beste Zeugnis ablegen.

Aus aller Welt.

Schiffskatastrophe im Pazifik.

Aus San Francisco wird gemeldet: Der Dampfer „Alaska“ war von Portland (Oregon) nach San Francisco abgegangen und mit Passagieren besetzt, deren Zahl vermutlich die normale Ladefähigkeit von 200 Personen überstieg. Er ist gegen eine Klippe, 40 Meilen südlich Eureka, gestöckert und innerhalb einer Viertelstunde gesunken. In dieser Gegend ist die Küste sehr reich an Klippen und bietet keine Gelegenheit für die Landung kleiner Boote. Mehrere Dampfer mit Verletzten und Krankenpflegern sind sofort an den Ort des Unglücks abgefahren. Dabei fanden 36 Reisende und 12 Mann der Besatzung den Tod. 106 Reisende wurden an Land gebracht, davon 30 schwer verletzt. Bisher wurden 12 Tote geborgen. Das Unglück war durch den Nebel verursacht, der plötzlich hereinbrach. Bei dem Auffahren auf das Riff erhielt das Schiff ein ungeheures Loch und sank in 30 Minuten. Vier Rettungsboote der „Alaska“ konnten zu Wasser gelassen werden, aber eins davon stürzte um. Mehrere Reisende, die einen Rettungsgürtel hatten, wurden einige Stunden später aufgefunden. Sie hatten sich mit Hilfe über Wasser gehalten, indem sie sich an die Trümmer des Bracks klammerten. Der Kapitän der „Alaska“ ist zum letzten Male auf der Brücke gesehen worden, als das Schiff in den Wellen versank.

Fliesenbrand in Herrnhut. Von einer großen Brandkatastrophe wurde der Ort Herrnhut betroffen. Außer anderen Häusern wurde auch das Wittwenhaus ein Raub der Flammen. Das Schwesternhaus konnte gerettet werden. Den aus Jütland, Pöbden und anderen Orten herbeigezogenen Feuerwehren gelang es gegen Abend, den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Dreifaches Todesurteil. Das Schwurgericht in Waldshut hat den Tagelöhner Osterlag wegen dreifachen Mordes in Verbindung mit schwerem Raub Sonnabend nachmittag drei mal zum Tode verurteilt. Konbitor Reutter, der mit dem vorgenannten Mordtag gemeinsame Sache gemacht hatte, wurde wegen zweifachen Mordes und schweren Raubes zwei mal zum Tode und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Raubmord in Braunlage. Am Freitag abend ist in dem braunschweigischen Ort Braunlage ein mit seiner Frau dort weilender Kurgast gegen 7 Uhr abends allein in die weitere Umgebung spazieren gegangen und wurde am Sonnabend früh, seiner goldenen Uhr sowie seines Geldes in Höhe von 300 M. beraubt, mit drei Schuhwunden tot aufgefunden. Der Mörder soll in Schierke verhaftet sein. Der Ermordete ist der 41jährige Prokurist Brandt aus Berlin. Als Täter wurde ein junger Mann aus Schierke verhaftet, bei dem Eigentum des Ermordeten gefunden wurde.

Der alte Dreher ist in Wien gestorben. Als Vorfahr der Schweizer Großbrauerei, des Versammlungs- und ehemaligen Hauptmutterungslokals auf der Landstracher Hauptstraße und eines Rennplatzes war er einer der bekanntesten Menschen Wiens, wozu auch sein Urwörter Typ und der berühmte „Stöcker“, der Zylinder mit der kömalen geraden Krempe, beigetragen haben. Der alte Franz Josef hatte ihn sogar ins Herrenhaus berufen.

(Schluß des sensationellen Teils.)



Die Kohlenrechnung! Die Gasrechnung! Die Holzrechnung! Wollen Sie alle drei los sein? Riesel's patentierter Wellsieb-Grudeherd ist unabhängig von Kohlennot und Gaspreise. Er benötigt das billigste und am leichtesten zu beschaffende Feuerungsmaterial und leistet bei 50 Prozent Feuerungsersparnis 100 Prozent mehr als jeder andere Herd. Rein Staub / Keine Dünste / Keine Asche. Wenig Wartung / Wenig Feuerung. Zu jeder Stunde vollauf heißes Wasser. Deutsche Patent-Grudesen-Fabrik. Walter Riesel & Co. m. b. H. Niederlage Berlin E. 19. Jerusalemstr. 15.

Bezirksverb. Gr.-Berlin S.D.D. 106. Uteilingen. Göpenid. Unter Gesells. Karl Krohn Müggelheimer Str. 19 ist am 4. August 1921 verstorben. Die Einäscherung erfolgt am Montag, den 8. August nachmittags 3 1/2 Uhr in Baumhauensweg. Obes feinem Abschieden! Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverb. Verwaltungsstelle Berlin. Dem Redigern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlichter Bernhard Marpert seitlich 37 am 4. August gestorben ist. Die Einäscherung findet heute, Dienstag, 8. 8. nachmittags 1 Uhr im Krematorium Gerickestr. 37 statt. Ferner herzlicher Abschied, der Schlichter Max Kurkowsky Rastlerstr. 13 am 4. August. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 10. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Lutherischen Friedhofs in Berlin, am Platz 64/7. Obes feinem Abschieden! Die Ortsverwaltung.

Heute nachmittags 4 Uhr emittiert nach langem Schwere, in Gehalt extremeren Weibens meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter Wilhelmine Eickhoff geb. Dauber In Heide Krause Friedrich Eickhoff Clara Andersen als Tochter 104/110 Niels Andersen als Schwiegertohn Rentzle, den 6. Aug. 21. Ralfer-Giechstr. 26. III. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem Thomas-Rindhof statt.

Spezial-Arzt Dr. Scotti, Rosenhaldenstr. 69-70 für alle Geschlechts-, Haut-, Hals-, Frauenleiden, Syphilis, Salvarsan-Kuren, Blutunters. Damen separat. 10-1. 5-7.

Frankes Verlag G. m. b. H., Berlin-Leipzig Soeben erschienen: Das Leunawerk Aus dem Inhalt: 1. Das deutsche Proletariat und der Bürgerkrieg 2. Vorbedingungen und Ausbruch des mittel-deutschen Aufstandes / 3. Die bewaffneten Kämpfe 4. Konnte der Aufstand siegen? / 5. Das Leunawerk / 6. Banden oder organisierte Truppen 32 Seiten Preis 2 Mk. Zu beziehen durch Frankes Verlag, G. m. b. H. Berlin, Blücherplatz 2 Leipzig, Kreuzstr. 3b sowie Arbeiterbuchhandlung, Berlin, Annenstr. 1

Von der Heile jurist Elsa Placzek-Starke Genitilia 104/110 Kurmstr. 32 Preis 2,50

Gartenlandparzellen zur Bewirtschaftung, Kapitalanlage und Bebauung vorzüglich geeignet, sehr bequem erreichbar. von 85 M. an die DR. Auskunft, auch Sonntags, Niederschönbach, Kaiser-Wilhelm-Str. 47, am Straßenbahnhof Nordend. Amt Moabit 8673. 11340

Kapitän: Rautabak Einmal geprobt — immer geliebt. Feinster Geschmack; stets frisch. Zu kaufen in den Bismarckgeschäften u. in den Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb: Räder, Berlin, Tichenerstr. 22 (Rgt. 3601)

M. & P. Uder, S6. 16, Engelufer 5 Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake O.A. Hanewacker • Goldfarb • Landfried • Eicken • Raulino Oldenkott • Geföhnt 2-3 u. 3-5 Uhr. Moritzpl. 3014. 1372

Konkurrenzlose Preise! Fahrradreifen Prima Gummi 28 x 1 1/2, von 48.- M. bis 125.- M. Garantireifen von 70.- M. an Gebirgsreifen, prima 80.- M. (1 Jahr Garantie) Fahrradschläuche, la Gummi . . . 16.50 M. bis 20.- M. Karbid Öl Autoreifen- und Fahrrad-Haus „Nord-Ost“ Berlin, Eisener Str. 89 am Rosenhalden Tor

Die Kohlenrechnung! Die Gasrechnung! Die Holzrechnung! Wollen Sie alle drei los sein? Riesel's patentierter Wellsieb-Grudeherd ist unabhängig von Kohlennot und Gaspreise. Er benötigt das billigste und am leichtesten zu beschaffende Feuerungsmaterial und leistet bei 50 Prozent Feuerungsersparnis 100 Prozent mehr als jeder andere Herd. Rein Staub / Keine Dünste / Keine Asche. Wenig Wartung / Wenig Feuerung. Zu jeder Stunde vollauf heißes Wasser. Deutsche Patent-Grudesen-Fabrik. Walter Riesel & Co. m. b. H. Niederlage Berlin E. 19. Jerusalemstr. 15.

C. Lorenz Aktiengesellschaft. In der Generalversammlung vom 12. Juli 1921 ist die Erhöhung des Grundkapitals unserer Gesellschaft auf nom. M. 25.250.000,- durch Ausgabe von 10.125 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien über je nom. M. 1000,-, die für das Geschäftsjahr 1921 zur Hälfte dividendenberechtigt sind, und von 5000 Stück ebenfalls für das Geschäftsjahr 1921 zur Hälfte dividendenberechtigten Vorzugsaktien beschlossen worden. Die neuen Stammaktien im Nennbetrage von M. 10.125.000,- sind von einer Bankgemeinschaft mit der Verpflichtung übernommen worden, den alten Aktionären unserer Gesellschaft ein Angebot zu machen, dass mit einer Ausschüttung von mindestens zwei Wochen auf je nom. M. 1000,- alte Aktien eine neue Aktie über nom. M. 1000,- zum Kurse von 175% zuzüglich Schlusschein-stempel bezogen werden kann. Nachdem der Erhöhungsbeschluss und gleichzeitig die erfolgte Durchführung am 27. Juli 1921 in das Handelsregister eingetragen worden sind, fordern wir namens der Bankgemeinschaft die Besitzer unserer alten Stammaktien auf, das Bezugsrecht auf die neuen Stammaktien unter folgenden Bedingungen auszuüben: 1. Die Geltendmachung des Bezugsrechtes hat bei Vermeidung des Ausschlusses vom 8. bis 27. August 1921 einschließlich zu erfolgen. Dasselbe kann ausübt werden bei der Commers- und Privat-Bank Aktiengesellschaft in Berlin, Hamburg, Hannover, Leipzig und Kiel oder bei der Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien in Berlin, Hamburg, Hannover und Kiel, sowie bei dem Bankhaus Wiener Levy & Co. in Berlin und zwar provisional, sofern die alten Aktien nach der Nummernfolge geordnet ohne Dividendencheinbogen mit einem doppelt ausgefertigten Anmeldebogen, wofür Formulare bei den vorbezeichneten Stellen erhältlich sind, am Schalter während der üblichen Geschäftsstunden eingereicht werden. Soweit die Ausübung des Bezugsrechtes im Wege der Korrespondenz erfolgt, werden die Bezugsstellen die übliche Bezugsprovision in Anrechnung bringen. Die alten Aktien werden abgestempelt zurückgegeben. 2. Der Bezugspreis von 175% sowie der Schlusschein-stempel sind bei der Anmeldung in bar zu entrichten. 3. Die Aushändigung der bezogenen neuen Aktien erfolgt nach ihrer Fertigstellung nach Ablauf der Bezugsfrist bei derjenigen Stelle, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist. Berlin-Tempelhof, den 6. August 1921. C. Lorenz, Aktiengesellschaft. Meid.

Der Gumpf.

Es war bereits vor dem Kriege in Frankreich ein offenes Geheimnis, daß die große französische Presse im Solde der Jarenregierung stand. Namentlich die russischen Milliardenanleihen, die in Frankreich von Zeit zu Zeit lanciert wurden, boten einen verhältnismäßig einfachen Weg, um die hauptsächlichsten Zeitungen in Paris und in der Provinz mehr oder minder indirekt zu bestechen. Oberster Rubelverteiler war der russische Finanzagent in Paris, Raffalowitz, die rechte Hand des Botschafters Iswoolski. Es war u. a. stadtbekannt, daß der politische Direktor des „Temps“, Adrien Hébrard, und dessen Außenpolitiker, André Lardieu, in materieller Abhängigkeit von der russischen Botschaft standen. Indessen konnte der positive Beweis dieser systematischen Korruption niemals erbracht werden. Solche Beweise kommen erst jetzt zum Vorschein, nachdem die Botschewiki in den Besitz der russischen Geheimarchive gelangt sind und hin und wieder einige kompromittierende Dokumente der Oeffentlichkeit preisgegeben. So ist die kommunistische „Humanité“ in der Lage, folgendes bezeichnende Dokument zu veröffentlichen. Es handelt sich um ein Geheimtelegramm des Gehilfen im russischen Ministerium des Äußerer Keratsow an den Pariser Botschafter Iswoolski:

Am 29. August 1916, Nr. 3934, Ziffer 410/408: Vertraulich.

Der Petersburger Korrespondent des „Temps“ hat in Befolgung von Instruktionen seiner Redaktion die Frage aufgeworfen, ob seinem Blatt eine Unterstützung in Höhe von 150 000 Fr. jährlich während zwei Jahren gewährt werden könnte, wofür sich die Redaktion verpflichten würde, jährlich 72 Telegramme aus Petersburg abzugeben, die die außenpolitischen Fragen in einem uns erwünschten Lichte beleuchten würden.

Die Durchführung dieses Vorschlags wird der „Agence Télégraphique des Balkans“ anvertraut werden, die ein Bureau in Petersburg eröffnen soll. Außerdem hat Ribot (so hieß der damalige Petersburger Berichterstatter des sauberen offiziellen Pariser Blattes, D. Red.) uns versichert, daß seine Redaktion bereit wäre, solche Notizen und Artikel über die russische innere Politik zu veröffentlichen, die nicht ihren eigenen Ansichten direkt widersprechen würden. Dieses Geschäft könnte für uns vorteilhaft sein, namentlich zur Zeit der Debatte über die Friedensbedingungen.

Es wäre wünschenswert zu wissen, in welchem Maße der Einfluß des „Temps“ bedeutend ist, da wir befürchten, daß nur die Erschütterung seines finanziellen Kredit in Frankreich seine Redaktion veranlassen könnte, uns einen solchen Vorschlag zu unterbreiten, und dies mit einer derartigen Aufbringlichkeit.

Es möchten uns daher ihre Ansichten hierüber mitteilen, ohne den Gesichtspunkt aus den Augen zu verlieren, daß das betreffende Blatt bereits indirekt durch unser Finanzministerium subventioniert wird, und daß außerdem die Telegraphenpreise seines Petersburger Korrespondenten von uns bezahlt werden.

ges. Keratsow.

Auf dieses Telegramm erfolgte am 6. September eine ausführliche Drahtantwort von Iswoolski, die in der „Humanité“ ebenfalls im Wortlaut abgedruckt wird, und in der bestätigt wird, daß sich die finanzielle Lage des „Temps“ seit Kriegsbeginn verschlechtert habe, sodann aber hinzugefügt wird:

„Es gibt indessen kein Organ in der Tagespresse, das fähig ist, die Stellung des „Temps“ einzunehmen, und es ist kaum wahrscheinlich, daß sich ein solches Blatt bis Kriegsende und bis zu den Friedensverhandlungen noch finden und sich endgültig durchsetzen würde.“

Es ist eins der für die auswärtige Politik einflussreichsten Organe, und in dieser Hinsicht kann das vorgelegene Geschäft unter Umständen für unsere Interessen von einigem Vorteil sein, aber nur in gewissen Fragen.“

So könne man, meint Iswoolski weiter, kaum auf die Unterstützung des „Temps“ in gewissen innerpolitischen Ange-

3 1/2 Stunden nach dem Essen, so erhob sich die Fehlerzahl auf 7,6 Proz. Diese Verluste bestätigen die alte Wahrheit von der Nachteiligkeit des Trinkens auf den leeren Magen.

Es gibt einfache Tätigkeiten, die jemand, der eine mäßige Menge Alkohol zu sich genommen hat, ohne die geringste Beeinträchtigung vollbringt, während dieselbe ein Hindernis bilden kann für Funktionen, die größere Anforderungen stellen. Im Straßenverkehr gibt es beständige Anlässe, in denen die Sicherheit von Leib und Leben davon abhängt, ob ein Autofahrer eine neue Lage mit dem geringstmöglichen Zeitverlust erfährt. Ein Ausschlag unterbricht die Geschwindigkeit, mit der eine Person, die eine gewisse Menge Alkohol genossen hatte, ihren Blick auf einen neuen Gegenstand richten konnte. Dies ist in Wirklichkeit ein höchst verwerflicher Vorgang: die zwölf Muskeln des Augapfels müssen sich einheitlich bewegen, und die Nervenzentren müssen rasch darauf reagieren, um sich eisend in der erforderlichen Weise zu betätigen. Es zeigt sich nun, daß das Nichten des Blickes auf einen bestimmten Gegenstand verzögert wird, wenn jemand Branntwein oder Bier zu sich genommen hat. Der Verlust des Bruchteiles einer Sekunde bei der Erfassung einer Lage kann aber oft die Entscheidung über Leben und Tod bedeuten.

Ein größlicher Gemütsmenschen. Der bekannte Ornithologe Werner Sunkel-Warburg erhielt auf eine Umfrage nach dem Vorkommen seltener Tierarten den Befehl eines Grafen zu G., in dem dieser schrieb, daß er nachmittags öfters auf seinem großen Schloß in der Neumark beobachtet habe. „Vor 15 Jahren“, schrieb der Graf, „gab es auf diesem Besitze hunderte von Nachigallen, aber der vorhergehende Besitzer (so hoch sie alle erhaltungsfähig nieder, da er und seine Familie wegen des Gefanges in der Nacht nicht schlafen konnten.“

Sunkel bemerkt dazu mit Recht: „Wenn sich ein Vogelliebhaber einen Piepmatz kauft, wird er schief angesehen und mordsüchtig bestraft, aber ein nervöser Junker konnte ungestraft wegen seiner für die Allgemeinheit ganz gleichgültigen Schloßkasseler zahlreiche Nachigallen werden. Jeder Grundbesitzer sollte sich dem ganzen Volke gegenüber verantwortlich fühlen für die auf seinem Grund und Boden vorhandenen Naturkräfte, besonders für die überaus landwirtschaftlichen Werte, wazu auch seltene Pflanzen und Tiere gehören, und die Volksgemeinschaft sollte das Recht haben, Leute, die die Natur mißbrauchen und deshalb nicht wert sind, ein Stück unseres Vaterlandes ihr eigen zu nennen, mit Enteignung oder anderen schweren Strafen zu bestrafen.“

Am Deutschen Overhaus beginnt am Mittwoch, den 10., der Verkauf für die erste Woche der neuen, mit dem „Lannhäuser“ am kommenden Sonntag zu eröffnenden, Spielzeit.

Edward von Winterstein ist aus dem Ensemble des Staatstheaters ausgeschlossen.

Ein Fressbalkenbiss Tante, das noch aus dem 14. Jahrhundert stammt, ist in einer Straße in Rimini entdeckt worden.

Der Rektorfürst Professor Krause ist in Bad Wildungen in 78. Lebensjahr gestorben. Er hatte seinerzeit den Kaiser Friedrich behandelt.

Ein neuer Planet — größer Größe — ist in der Nacht vom 8. zum 6. durch Palise in Wien entdeckt worden.

Tegeheiten, wie der Polenpolitik und namentlich der Judenpolitik der russischen Regierung renchen. Iswoolski schließt mit den Worten, es sei ihm daher schwer, einen Rat zu erteilen, „zumal die Tatsache, daß wir ein Blatt in einem verbündeten Lande gekauft hätten, falls sie bekannt werden sollte, einen ungünstigen Eindruck (!) auf die französische Regierung und öffentliche Meinung machen könnte.“ Er wolle daher auf alle Fälle auf dem laufenden gehalten werden.

Welche besonderen intimen Gründe Iswoolski zu dieser etwas kühnen Behandlung des „Temps“ damals veranlaßten, entzieht sich unserer Kenntnis. Es ist indessen nunmehr der unwiderlegbare Beweis dafür erbracht, daß die bürgerliche Presse Frankreichs nicht einmal den Anspruch darauf hat, mit einer großen Kolonne verglichen zu werden, die ihre festen Kunden hat, auf deren Anträge sie zu Hause wartet, sie gleich vielmehr einer Prostituierten letzten Ranges, die auf den Strich gehend sich ausdrücklich anbietet, wenn die freiwillige Kundenschaft ausbleibt.

Und so was hat während sieben Jahre von „Recht“, „Gerechtigkeit“, „Zivilisation“, „Demokratie“ gesprochen.

Zu den bedeutendsten Mitarbeitern dieses „angesehenen“ Blattes gehört Herr Raymond Poincaré, bis vor kurzem Präsident der französischen Republik. Wir gratulieren der französischen Republik.

Hilfe für Rußland.

In der Fortsetzung der vom Deutschen Roten Kreuz eingeleiteten Hilfsaktion für Rußland fand gestern in den Räumen des Landesvereins des Deutschen Roten Kreuzes unter dem Vorsitz des Präsidenten vom Reichsgesundheitsamt Geheimrat Bumm eine Beratung von Ärzten, Hygienikern und Vertretern der chemischen Industrie statt. Aus den Darlegungen des Vorsitzenden des Deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor von Winterfeldt, ist zu entnehmen, daß das Internationale Rote Kreuz in Genf eine allgemeine Hilfsaktion einleitet, die auf Linderung der Hungersnot in Rußland gerichtet ist. Der Beschluß des Deutschen Roten Kreuzes, ein Sanitätsschiff mit Ärzten, Pflegepersonal, Medikamenten und chemischen Präparaten auszurüsten, beschränkt sich auf die Bekämpfung der in Rußland ausgebrochenen Seuchen und ergänzt sich mit der internationalen Aktion. Für diese besondere Unternehmung ist neben der grundsätzlichen Hilfsbereitschaft des Roten Kreuzes auch die Rücksicht auf die den deutschen Grenzen drohende Seuchengefahr maßgebend. Im Verlaufe der Besprechung wurde beschlossen, die Ausrüstung und Abführung des Sanitätsschiffes so rasch als möglich durchzuführen.

Peßfälle in Ostpolen.

Warschau, 8. August. (EE.) Wie die Blätter melden, ist trotz strengster Maßnahmen die pestartige Pekt in Warschau eingeschleppt worden. In einem Bezirk an der Grenze ereigneten sich bereits acht Peßfälle.

Dänische Hilfe.

Kopenhagen, 8. August. (EV.) Im „Socialdemokraten“ äußern sich die Mitglieder der Delegation des dänischen Hilfskomitees über die Eindrücke, die sie auf ihrer Studienreise im Juni nach Sachsen, Thüringen, dem Vogtland und Berlin gewonnen haben. Sie heben besonders hervor, daß noch weitere Hilfe für die Kinder in den Industriebezirken ein Gebot der Menschlichkeit sei.

300 deutsche Kinder sind von Kopenhagen nach Deutschland zurückgekehrt. Sie werden die väterliche Liebe unserer dänischen Genossen ihr Leben lang nicht vergessen.

Die russische Gesamternte.

Kiew, 8. August. (EE.) Der Gesamtertrag an Brotgetreide wird in ganz Sowjetrußland auf 2275 Millionen Pud geschätzt. Für die Ausfuhr werden 432 Millionen Pud benötigt, so daß 1843 Millionen Pud für die Ernährung von 93 Millionen Seelen der Landbevölkerung verbleiben. Es entfallen somit auf die Person über 19 Pud. Ueberschuß an Brotgetreide weist nur die Ukraine mit 230 Millionen Pud und Sibirien mit 145 Millionen Pud auf. Alle übrigen Gegenden bleiben mehr oder weniger unter dem Durchschnitt.

Wirths letzter Appell.

Berlin, 8. August. (WLB.) Der Reichstanzler Dr. Wirth hat dem Vertreter des „Nuovo Giornale“ in Florenz eine Unterredung gewährt, in der er sich zur oberschlesischen Frage unter anderem folgendermaßen äußerte:

Man kann die von uns verlangten ungeheuren Leistungen nicht erwarten, wenn man uns die hand abschlägt, Oberschlesien nimmt. Die Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland ist unabwendbar, wenn nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie es in der Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, zum Hohn werden soll. Die wieser Gründe, welche dieses Verlangen im einzelnen rechtfertigen, brauche ich Ihnen nicht weiter auseinanderzusetzen. Oberschlesien ist mit einem Arbeitsaal zu vergleichen, der nicht willkürlich zerhackt und zertrümmert werden könnte. Der Uebergang der oberschlesischen Wirtschaft an Polen würde bedeuten, daß sie verurteilt wäre, in den Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft hineingezogen zu werden.

Man hat von Oberschlesien als von einer Waffenschmiede gesprochen. Sie wissen ganz genau, daß Deutschland keinerlei kriegerische Absichten im Schilde führt. Ein deutsches Oberschlesien wird berufen sein, in friedlicher Arbeit den Wiederaufbau Europas zu fördern. Die deutsche Regierung hat sich schon in ihrer Note an die alliierten Mächte vom 1. April bereit erklärt, Polen unter vorzugsweisen Bedingungen die für seine Wirtschaft etwa noch erforderlichen Kohlen und sonstigen Erzeugnisse zu liefern, solange das an Bodenschätzen reiche polnische Gebiet, welches den größten Teil des südöstlichen Beckens umfaßt und viel größer als das deutsche Areal ist, noch nicht erschlossen ist. Sie hat sich weiterhin bereit erklärt, weitgehende Hilfe bei der Erschließung der polnischen Bodenschätze zu leisten. Sie hat gehofft, auf diese Weise enge wirtschaftliche Bande zwischen Deutschland und Polen zu knüpfen, die auch eine Grundbedingung für den Bestand des polnischen Staates sind. Sie hat aber aus Warschau nur Spott und Hohn gehört, sie hat erleben müssen, wie die polnische Regierung den dritten, blutigen Krieg in das oberschlesische Land trug, und sie muß jeden Tag noch erleben, wie der deutsche Abstimmungssteg durch unsaubere Methoden verfälscht wird. Wir können und wollen mit solchen Waffen nicht kämpfen, wir wollen Frieden, Arbeit und Recht. Aber wir verlangen das Gleiche von der Gegenseite und müssen fordern, daß sie aufhört, nach unrechtmäßigen Zielen zu streben, und daß sie auf alle Mittel der Gewalt verzichtet.

In den Pressestimmen der letzten Tage ist wiederholt der Gedanke einer provisorischen Lösung der oberschlesischen Frage

erörtert worden. Ich brauche Ihnen gegenüber nicht zu betonen, daß jede derartige Lösung für die deutsche Regierung völlig unannehmbar ist; sie widerspricht dem klaren Worte des Friedensvertrages und würde den Keim zu dauernden Konflikten im Osten legen.

Wir warten auf den Spruch des Obersten Rates. Dieser Spruch wird entscheidend sein für die Zukunft Deutschlands, aber auch für die Zukunft Mitteleuropas. Wir vertrauen fest darauf, daß der Spruch im Sinne des Rechts ausfallen wird, das allein den so nötigen Frieden und Wiederaufbau Europas ermöglichen und gewährleisten kann.

Severing über Oberschlesien.

Kreuzburg, 7. August. (Eigener Bericht des „Vorwärts.“) In einer hier stattgefundenen öffentlichen Versammlung legte Minister a. D. Severing noch einmal den sozialdemokratischen Standpunkt zur oberschlesischen Schicksalsfrage dar, in der die Entscheidung bevorsteht. Er sagte u. a., die Abstimmung habe bewiesen, daß das oberschlesische Volk von polnischer Herrschaft nichts wissen wolle. Wenn der Willensentscheid der Oberschlesier ignoriert werde, so bedeute das eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Leider müsse man sich damit vertraut machen, daß wichtige Gebietsteile des oberschlesischen Industriebezirks den Polen zugesprochen würden. Das bedeute eine schwere Benachteiligung unserer Industrie, besonders im Osten, und einen wirtschaftlichen Blutverlust, von dem wir uns nur sehr schwer erholen können. Er sei der Meinung, daß die Engländer und Italiener wohl nicht alle französischen Pläne in der oberschlesischen Frage mitmachen würden. Frankreich habe Interesse daran, daß es im Osten den Gedanken Korfantsky zur Verfügung habe. Er wolle hoffen, daß es dem Obersten Rat gelingen werde, daß die oberschlesischen Bodenschätze rationell bewirtschaftet würden und nicht durch eine verkehrte Teilung Oberschlesiens ein neuer europäischer Wetterwinkel entstehe. Er wünsche und hoffe, daß die Bodenschätze von einer Nation bewirtschaftet würden, die ihr Aufbaupotential bewiesen habe. Er als Sozialdemokrat möchte den Polen nichts andichten, was mit Objektivität und geschichtlicher Wahrheit sich nicht in Einklang bringen lasse. Aber er müsse doch sagen, daß nach den Erfahrungen in den ehemals preussischen Provinzen die Polen nach seinem Empfinden sich nicht dazu eignen, Oberschlesien so zu verwalten, wie es das Interesse dieses Gebietes beanspruche.

Es gebe Leute, die glaubten, daß der polnische Staat überhaupt bald zusammenbrechen werde. Wenn man diese Bedenken teile, dann müsse man

Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland

lassen. Severing wandte sich gegen die Forderung der Deutschnationalen, daß das Kabinett Wirth zurückzutreten habe, wenn Oberschlesien geteilt würde. Die Kämpfe in Oberschlesien seien zum allergrößten Teil auf das Verschulden der Polen zurückzuführen, auf das Drängen Korfantsky, eine Entschcheidung vorweg zu nehmen und Europa vor vollendete Tatsachen zu stellen. Durch unsere Außenpolitik hätten wir diese Entwicklung mindestens begünstigt, indem wir den Polen viel zu oft Anlaß gegeben hätten, mit einem Schein von Recht die Behauptung aufzustellen, daß sie sich wehren müßten gegen die Absicht der Deutschen, ihrerseits den Polen zuzuzustimmen. In dieser Hinsicht sprach Severing von einem

Verschulden der Politik Simons.

Das Auftreten der Freikorps in Oberschlesien bezeichnete er aus innen- und außenpolitischen Gründen als schädlich. Reaktiväre, aus den Kapp-Butschtagen bekannt, seien auch wieder unter den Freikorps in Oberschlesien tätig. Es fehle bei den Freikorpskadetten, die blindlings dem folgten, der ihnen den höchsten Sold zahlte, an Disziplin, und sie hätten Requisitionen wie in Feindesland vorgenommen. Das Kabinett Wirth habe alles zu einer rückläufigen Bewegung getan. Man wisse also nicht, warum dieses Kabinett zurücktreten solle.

Zum Schluß seiner Ausführungen ging Genosse Severing auf die politischen Verhältnisse in Preußen sowie auf die Stellung der Sozialdemokraten zur bevorstehenden Steuerreform ein und forderte in erster Linie Heranziehung des Besitzes. Die kommunistische Gefahr sei weniger zu fürchten als die von deutschnationaler Seite drohende.

Was geht auf den Postämtern vor?

Man schreibt uns: Wie bereits an vorhergehenden anderen Stellen, so fand auch am Sonntag wieder eine Einweihungsfeier von Gehentafeln des Postamts 17 und der Bahnpostämter 4 und 18 statt, die mit dem Niederländischen Dankgebet als allgemeiner Gesang mit Musikbegleitung ihren Abschluß fand. Auf alle Einzelheiten dieser Veranstaltung einzugehen, ist hier nicht der Raum. Wir wollen uns selbst die Weisrede des Predigers Herrn Holler schenken, der unter Verbrechung des bekannten Bibelwortes: „Geht hin und tut desgleichen“, von den Anwesenden verlangte, den Gefallenen nachzueifern, um „das Joch der Fremdherrschaft“ von uns abzuschütteln. Bewahrung einlegen müssen wir aber gegen die Worte des Herrn Oberpostdirektors Naab: „Diesenigen aber, die zum Gelingen dieses Werkes beigetragen haben, werden wir in dankbarer Erinnerung behalten.“ Wir, die wir wissen, daß die Sammlungen für die Gedenktafel bei den jeweiligen Gehaltszahlungen in demselben Zimmer vorgenommen wurden, in dem das Gehalt zur Auszahlung gelangte, dazu also Dienststunden und Diensträume verwendet wurden, können nicht zugeben, daß diejenigen, die aus prinzipiellen Gründen ihr Erscheinen hierzu nicht gegeben haben, von ihrem Vorgehensschickaniert oder auch nur zurückgekehrt werden. Wir werden daher die Tätigkeit dieses Herrn nicht aus den Augen verlieren. Vom Reichspostministerium aber müssen wir verlangen, daß wenn überhaupt Feiern dieser Art für notwendig und zweckdienlich gehalten werden, es derartige völkerverehrende Aufmachungen unterbündet.

Judenheke in Kahr-Bayern.

Die III. berichten aus Remmingen folgende skandalösen Ver-

kommissen: Am Sonnabend nachmittag sammelte sich eine große Volksmenge vor dem Anwesen des Großhändlers Rosenbaum, der unter dem Verdacht stand, Butter und Käse zurückgehalten zu haben. Die aufgeregte Menge verlangte nach dem Angeklagten und demonstrierte über sechs Stunden vor dem Hause. Inzwischen war der Haftbefehl erwirkt worden. Die Menschenmenge verlangte nun, daß der Verhaftete durch die Straßen geführt werden sollte. Die Polizei konnte dem stürmischen Verlangen sich nicht mehr widersetzen (?) und wurde mit dem Verhafteten förmlich durch die Straßen geschoben. Nachdem der Verhaftete im Gefängnis untergebracht war, verfuhr die Menge, noch in weitere Wohnungen von Hroetten einzudringen. Während der ganzen Nacht durchzogen große Menschenmengen die Straßen, und auch am Sonntag war die Ruhe noch nicht wiederhergestellt. Wie einwandfrei festgestellt wurde, soll der Aufruhr von jüdischfeindlicher Seite hervorgerufen worden sein, deren Führer sich im Hintergrunde halten.

Damit wären wir glücklich auf dem Niveau der kulturell am tiefsten stehenden Staaten angelangt. Wir haben wenig Hoffnung darauf, daß die Regierung Kahr durch energisches Zugreifen beweist, daß es sich nur zufällig um eine bayrische Stadt handelt.

Echardt nicht Fregattenkapitän. Die Sonntag vom Genossen Reiffach auf dem Bezirksparteitag gemachte Mitteilung, daß Echardt als Fregattenkapitän in der Marine Dienst tue, entspricht, wie wir von authentischer Seite erfahren, nicht den Tatsachen.

Gewerkschaftsbewegung

Preissteigerungen — Lohnerhöhungen.

„Der Arbeiter muß leben können“.

Eine neue große Teuerungswelle, ergießt sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren sichtbarsten Ausdruck. Jedoch nicht minder sichtbar sind die verschiedenen sonstigen Preissteigerungen, die in den letzten Wochen bereits eingetreten sind, und mit drückender Sorge sehen die unbemittelten Bevölkerungsteile der gewaltigen Kostenvermehrung entgegen, die in den nächsten Wochen und Monaten unabwendbar kommen wird.

Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisabbau hinzuwirken. Leider vergebens. Der ADGB hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Brotpreissteigerung zu verhindern. Das ist ihm gleichfalls nicht gelungen.

Die Gewerkschaften trifft somit keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen sind, auf der ganzen Linie neuerlich

beträchtliche Lohnforderungen

zu stellen und diese Forderungen mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes auch durchzuführen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben schon am 1. April die Vertreter der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft ersucht, gemeinsame Schritte gegen die bevorstehende Brotpreiserhöhung zu unternehmen. Die Arbeitgebervertreter konnten sich hierzu nicht entschließen, sondern gaben die Erklärung ab, daß im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischen eingetretene Preislenkung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs bereits ein Ausgleich geschaffen sei.

Diese erhoffte Wirkung der Preislenkung ist ausgeblieben, es ist im Gegenteil eine große Preissteigerung teils schon erfolgt, teils unmittelbar bevorstehend.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnerhöhungen auf neue Preissteigerungen wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungesunden Kreislauf mitmachen. Ihre Bemühungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Zirkel herauskommen, sollen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.

Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnerhöhungen sich einen Ausgleich für die fortschreitende Teuerung zu schaffen.

Der Arbeiter muß leben

können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der sein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft bekunden will, die Pflicht, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bei der Erringung auskömmlicher Löhne tatkräftig zu unterstützen.

Unsere Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reich rufen wir hiermit auf, einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzustehen. Größer und schwieriger als jemals sind die uns bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsteilungen schrecken vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist. Aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller Unterstützung können die Gewerkschaften diese Aufgaben erfolgreich für die Arbeiterschaft zu erfüllen.

Berlin, den 5. August 1921.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Th. Leipart.

Aus dem österreichischen Angestelltengesetz.

Das neue österreichische Bundesgesetz über den Dienstvertrag der Privatangestellten enthält hinsichtlich der Kündigungsfrist für Privatangestellte eine vorbildliche soziale Neuerung, die auch bei der Neuregelung des deutschen Angestelltengesetzes größte Beachtung verdient. In § 20 dieses Gesetzes wird bestimmt, daß das Arbeitsverhältnis vom Dienstgeber nur mit Ablauf des Kalenderjahres nach vorheriger Kündigung gelöst werden kann. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen, erhöht sich nach dem zweiten Dienstjahre auf zwei Monate, nach dem fünften Dienstjahre auf fünf Monate. Diese Bestimmung ist zwingender Natur und kann durch private Vereinbarung hinsichtlich der Dauer nicht herabgesetzt werden. Der Angestellte kann das Dienstverhältnis mit dem letzten Tage eines Kalendermonats unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist lösen. Er kann durch Vereinbarung die Kündigungsfrist ausdehnen, doch darf in diesem Falle die Frist nicht kürzer sein als die, die der Dienstgeber einhalten muß. Es ist also grundsätzlich für den Angestellten eine kürzere Kündigungsfrist vorgesehen als für den Unternehmer. Das bedeutet eine große Erleichterung der Freizügigkeit der Angestellten.

Außerdem wird in dem Gesetz bestimmt, daß jeder Angestellte nach einer Dienstzeit von sechs Monaten Anspruch auf einen alljährlichen Urlaub von mindestens zwei Wochen hat. Die Urlaubszeit erhöht sich mit dem steigenden Dienstalter bis zur Höhe von fünf Wochen nach 25 Dienstjahren.

Bei Krankheits- oder Unglücksfällen muß das Gehalt auf die Dauer von sechs Wochen gezahlt werden. Der Anspruch auf das

Gehalt erhöht sich auf die Dauer von acht Wochen, wenn das Dienstverhältnis fünf Jahre, von zehn Wochen, wenn es 15 Jahre, und von 12 Wochen, wenn es 25 Jahre ununterbrochen gedauert hat. Durch je weitere vier Wochen hat der Angestellte Anspruch auf das halbe Gehalt.

Zu den Kaufmannsgerichtswahlen.

Die für Dienstag, den 9. August, einberufenen Versammlungen des DKA werden von den Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten nicht besucht, da bekannt geworden ist, daß die Möglichkeit einer sachlichen Diskussion in den Versammlungen nicht gegeben ist. Was über die Wahl und die Rechtsprechung des Kaufmannsgerichts zu sagen ist, wird vom Zentralverband der Angestellten in eigenen Versammlungen und in Flugschriften den Handlungsgehilfen und -gehilfen in ausführlicher Weise gesagt werden. Für die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten ist es Pflicht, bis zum Wahltag für die Liste des DKA zu werden.

Die Kaufmannsgerichtswahl findet für Handlungsgehilfen am Sonntag, den 28. August, von 9 bis 5 Uhr statt. Wahlberechtigt sind alle Handlungsgehilfen, die am Tage der Wahl das 20. Lebensjahr vollendet haben. Zu den wahlberechtigten Handlungsgehilfen zählen auch die Angestellten des Magistrats der Stadt Berlin, soweit sie in den Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken, in den Spar- und Girokassen, im Schlachthof, in den Häfen, im Stadtfuhramt, in den Markthallen oder in der Milchverwertung mit kaufmännischen Arbeiten beschäftigt werden.

Wahllegitimationen sind durch das Ortsbureau und die Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten zu haben.

Generalversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

In der ordentlichen Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter schilderte Polenske in längeren Ausführungen den Standpunkt, den die am Kartell beteiligten Organisationen zur Kündigung des 6. Lohn tariffs einnehmen. Von einer Kündigung soll nach Möglichkeit Abstand genommen und der Ausgleich für die neuen Erhöhungen der Lebensmittelpreise in Form von Wirtschaftsbekämpfen herbeigeführt werden. Polenske empfiehlt ausdrücklich im Namen des Lohnkartells und der Tarifkommission, von einer Kündigung des Lohn tariffs abzusehen. Mit großer Mehrheit wurde nach lebhafter Debatte beschlossen, den Lohn tarif zum 31. August er. zu kündigen. Dann wurde das von der Ortsverwaltung vorgeschlagene neue Unterstufungsreglement mit großer Mehrheit angenommen. Als Ersatz für ausgeschiedene Mitglieder der Ortsverwaltung wurden neu gewählt die Kollegen G. Heymader, Otto Krüger von den Staatsbetrieben, Simsch und Franz Adryan von den Gaswerken. In die Gewerkschaftskommission wurden auf Grund des neuen Statuts gewählt: Erich Schwanebeck, Arthur Gürtel, Edwin Schönbieter und Otto Baum. Der Ausschluß des Kollegen Müller vom Rudolf-Virchow-Krankenhaus wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern wurde beschlossen. Hoffmann erstattete den Kasienbericht. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt.

Buchdruckerstreik in Mainz. Nach einem RM-Bericht haben am Sonnabend die Buchdrucker von Mainz beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Sie verlangen für Mainz außer der vom 1. August an erhöhten monatlichen Wirtschaftsbeiträge, welche in Verbindung mit dem Reichsarbeitsministerium vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in Berlin festgesetzt wurde, neuerdings eine höhenentsprechende Befähigungszulage von 44 M. Angeblich sollen die Gehilfen einen entgegenkommenden Vorschlag der Unternehmer abgelehnt haben.

In der Braunschweiger Metallindustrie haben die Unternehmer am Montag mit den Auspurrungen begonnen. Bisher sind von dieser Gewaltmaßnahme der Unternehmer 20 000 Arbeiter betroffen worden.

Streik in der polnischen Metallindustrie. Nach der erst kürzlich erfolgten Besetzung des mehrwöchigen Textilarbeiterstreikes in Lodz droht jetzt ein Streik in der polnischen Metallindustrie. Seit mehr als zwei Wochen haben bereits Leistikoffs sowohl im Hüttenrevier von Dombrowa als auch in Lodger Maschinenfabriken eingeleitet. In den letzten Tagen hat sich eine bedeutende Verschärfung bemerkbar gemacht. Der polnische Arbeitsminister Darowski bemüht sich zwar, eine Einigung zu erzielen, hat bisher aber noch keine Besserung in der Lage erreichen können.

Das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterverbandes hat vorgestern in Zürich unter dem Vorsitz von N. Bern eine Sitzung abgehalten zur Besprechung der Tagesordnung für den am Montag, den 8. August beginnenden, auf der Lage berechneten neunten Internationalen Metallarbeiterkongress. Vorgelesen sind u. a. Statutenrevision, Wahl des Bundesexekutivkomitees. Von amerikanischer Seite liegt ein Antrag vor, der vermehrte Propaganda für den Frieden und Verhinderung der Munitionsfabrikation im Falle eines neuen Krieges fordert. Am Kongress werden über 60 Delegierte aus 15 verschiedenen Ländern teilnehmen. Dem Internationalen Metallarbeiterverband sind gegenwärtig 13 Landesorganisationen mit 3 360 000 Mitgliedern angeschlossen.

Lohnbewegung im chemischen Großhandel.

Die Transportarbeiter aus dem chemischen Großhandel (Mineralöle und Fette) nahmen in einer Versammlung am Montag den Bericht von der letzten Verhandlung über das Lohnabkommen entgegen. Diese Verhandlung fand vor dem Demobilisierungsausschuß statt, nachdem man gegen die seinerzeitige Verhandlungsführung beim Schlichtungsausschuß beim Ministerium Beschwerde erhoben hatte. Trotz aller Versuche der Vertreter des Transport-

arbeiterverbandes und der Lohnkommission, mehr zu erzielen, erklärten die Vertreter des Großhandels als ihr letztes Angebot eine zehnprozentige Erhöhung aller bestehenden Löhne ab 1. Juli bis Ende September. Im September sollen dann neue Lohnverhandlungen stattfinden.

Ueber dieses Angebot hatte nun die Versammlung zu befinden. Nach eingehender Aussprache, in der das Angebot von 10 Proz. allgemein als durchaus ungenügend bezeichnet wurde, beschloß die Versammlung mit übergroßer Mehrheit: „Die Lohnkommission wird beauftragt, sofort mit dem Arbeitgeberverband in neue direkte Verhandlungen einzutreten, um ein höheres Angebot zu erzielen.“

Kampf in der Klavierindustrie.

Nach wie vor erklären die Klavierfabrikanten, eine Erhöhung der Löhne wäre zurzeit durch nichts gerechtfertigt, denn die Lebenshaltung hätte sich seit Juni des Vorjahres nicht verteuert, sondern nach den Indizes sogar noch ermäßigt. Da derartige Behauptungen aber nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Not des Arbeiters von Tag zu Tag wächst, und die dadurch hervorgerufene Erbitterung sich in Lohnkämpfen einzelner Betriebe Luft zu machen drohte, bequamen sich die Unternehmer zu Verhandlungen. Gefordert waren 15 Proz. auf die bestehenden Löhne. Bei den Verhandlungen, über die der Branchenleiter Dorn am Sonnabend im „Reichenberger Hof“ in einer überfüllten Funktionäerversammlung Bericht erstattete, machten die Unternehmer so lächerlich geringe Zugeständnisse, daß dieselben eher als Herausforderung angesehen werden konnten. Sie verlangten eine Bindung auf 3 Monate und dafür sollten dann die Löhne wie folgt erhöht werden: August um 45 Pf. pro Stunde, September weitere 10 Pf. und Oktober nochmals 5 Pf. Auch die später vorgeschlagene Erhöhung auf 50 Pf., 60 Pf. und 90 Pf. mußte als zu gering abgelehnt werden. Eine Bindung auf 3 Monate kann überhaupt nicht in Frage kommen.

Die Verhandlungen wurden abgebrochen, indem beide Parteien erklärten, ihren Auftraggebern folgenden Vorschlag zu unterbreiten: „Die geforderten 15 Proz. werden in der Weise bewilligt, daß die Löhne für August um 10 Proz., für September um 5 Proz. erhöht werden. Die Lohnerhöhung gilt ab 1. August.“

In der Diskussion wandten sich alle Redner gegen den Vorschlag der Verhandlungskommission. Die Versammlung beschloß, an der Forderung einer sofortigen Erhöhung der Löhne um 15 Proz. festzuhalten, den Unternehmern aber insoweit entgegenzukommen, daß diese Vereinbarung auch für September Gültigkeit haben solle.

Heute abend um 7 Uhr werden die Klavierarbeiter in den Andreas-Festhallen über die nächsten Maßnahmen entscheiden.

Tarife für das obereschlesische Baugewerbe.

In der Sitzung des für Oberschlesien zuständigen Bezirkslohn-amtes wurden für die Bauarbeiter des Industriegebietes die Löhne wie folgt festgesetzt: Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter 7,15 Mark; Hilfsarbeiter, geübte über 19 Jahre, 6,65 M., Hilfsarbeiter, ungeübte, 5,83 M., Plazarbeiter — Tiefbauarbeiter 5,83 M. Durch diese Entscheidung des Bezirkslohn amtes ist den Forderungen der Arbeiter des Baugewerbes Rechnung getragen worden. Die Bauarbeiter sind von den Organisationen angewiesen worden, dafür Sorge zu tragen, daß die Löhne vom 1. August an einheitlich zur Auszahlung gelangen.

Die schweizerische Schokoladenfabrik Peter, Coffer Kohler in Orbe verweigert ihrer Arbeiterschaft das Koalitionsrecht und lebt es ab, die Organisation der Arbeitnehmer anzuerkennen. Um ihren Kampf recht wirksam zu führen zu können, hat sie 14 Arbeiter, die den Vorstand der Ortsverwaltung ihres Verbandes bilden, gemahnt. Aus diesem Grunde hat die Exekutive der internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie über diese Firma den Boykott verkündet. Sie erwartet, daß die internationale Arbeiterschaft diesen Boykott gewissenhaft durchführt und auf diese Weise die Gemahnten unterstützt.

Wahlung, Betriebsräte betr. Gewerbegerichtswahlen! Sämtliche Betriebsräte des Bezirks XI Schönberg-Friedenau werden hierdurch aufgefordert, die Wahlweise zu den Gewerbegerichtswahlen täglich in der Zeit von 5—8 Uhr abends im Lokal von Grundt, Schönberg, Reisinger Str. 8, abzuholen. Genossen, welche gewillt sind, am Tage der Wahl mit tätig zu sein, werden gebeten, sich ebendortselbst zu melden. J. U. Reupert.

Zentralverband der Maschinen- und Feiler. Sonntag 9 Uhr bei Schulz, Am Köpfergraben 2, Vollerversammlung sämtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Maschinen- und Feiler. Unsere Lohnforderung. — Mittwoch 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 4, Generalversammlung. — Am 17. August, 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Reiserfeld: „Die Wirtschaftsfrage in unserem Beruf“.

Betriebsräte des Reichsstaatsministeriums. Mittwoch vormittag 10 Uhr Konferenz im Pöhlhof, Potsdamer Str. 129a.

Zentralverband der Angestellten, Bilanzverhandlung: Die Mitgliederversammlung findet erst Donnerstag statt. — Mitgliederversammlungen am Mittwoch. Baumwollen-, Leinen- und Kleiderstoffgroßhandel: 9¼ Uhr Müller-Straße, Kaiser-Wilhelm-Str. 11. — Leder: 6 Uhr Haverlands Festhalle, Neue Friedrichstraße 10. — Patentanwaltsbureau: 7¼ Uhr bei Jager, Alexanderplatz 157.

Verantw. für den reboll. Teil: Dr. Werner Freyer, Charlottenburg; für Angestellte: Dr. Glode, Berlin. Verlag: Formiro-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher-Verlag u. Verlagsanstalt Vauk Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, 10241 1. Beilage.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
„Aparis Neuheiten“ Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20—21

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

128

Im 1. Stock Ausstellung:
Modische Gebrauchsgegenstände
für die Dame

<p>ENORM billige Angebote</p> <p>Sowell Vorrat</p>	<p>Kleider-Rock 49⁰⁰ Sportform, guter Stoff.....</p>	<p>Fr. Rinderkamm u. Brust 7⁵⁰ Pfund</p>	<p>Damen-Hemd 23⁵⁰ gutes Renforcé.....</p>
	<p>Gummi-Schwämme 12⁷⁵ gute haltbare Qualität.....Stück</p>	<p>Hammelfleisch 6⁰⁰ gefroren Pfund</p>	<p>Damen-Beinkleid 23⁵⁰ mit Stickerei.....</p>
	<p>Korsett Drell 29⁵⁰ mit Langelle, 1 Paar Halter.....</p>	<p>Damen-Halbschuhe 135⁰⁰ Einzel-paar</p>	<p>Taschentücher 4⁷⁵ für Herren, Linen, mit bunten Karle, Stück</p>
	<p>Halsketten 14⁵⁰ modern, 150 cm lang Eisenbein imit., runde und ovale Perlen</p>		<p>Hemdenstoffe 8⁵⁰ ca. 80 cm breit, gerauh, einfarbig, Meter</p>